



VERGABEUNTERLAGEN

223-25-EK7

Subunternehmerleistungen Gelenkbusse

Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb (EU)
(Sektorenverordnung)

Teilnahmewettbewerb

AUFTRAGGEBER

V-Bus GmbH

Klärwerkstr. 2, 68623 Lampertheim, Deutschland

25.08.2025

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| Teilnahmeunterlagen..... | 1 |
| Veröffentlichungstexte Teilnahmewettbewerb..... | 1 |
| | 3 |
| Verfahrensinformation | 3 |
| 223-25-EK7_Verfahrensbrief TW_V1..... | 3 |
| RNV_Datenschutzinformation | 13 |
| Entwurf Vertrag | 19 |
| Subvertrag_Gelenkbus_TNA_V1 | 19 |
| Formulare Teilnahmenwettbewerb..... | 49 |
| Teilnahantrag_V1 | 49 |
| B.I.1. - Bewerbergemeinschaftserklärung | 51 |
| B.II.1. - Allgemeine Angaben zum Unternehmen | 58 |
| B.IV.1. - Eigenerklärung Ausschlussgründe..... | 59 |
| B.V.1. - Eigenerklärung Zuverlässigkeit | 64 |
| B.IX.1. -Verpflichtungserklärung qualifizierten NU | 66 |
| Russland-Sanktionen | 68 |
| RS_EU_Sanktion_bmwsb_eigenerklaerung | 68 |
| Rundschreiben_2022-04-14_BWI7_70904_21_Sanktionen | 70 |
| I. EU-Sanktionen gegen Russland | 70 |
| II. Verbot der Auftragsvergabe | 70 |
| III. Fortführung bestehender Verträge | 71 |
| IV. Ausnahmen..... | 71 |
| V. Zuwendungsbau | 72 |
| VI. Inkrafttreten..... | 72 |
| Eignungskriterien..... | 73 |
| Anlagen | 90 |

INFORMATIONEN ZUR AUSSCHREIBUNG



Es ist beabsichtigt, die in anliegender Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen im Namen und für Rechnung des unten angegebenen Auftraggebers zu vergeben. Einzelheiten ergeben sich aus den Vergabeunterlagen.

INFORMATIONEN

ALLGEMEIN

| | |
|----------------------|---|
| Auftragsnummer | 223-25-EK7 |
| Maßnahme | |
| Auftragsbezeichnung | Subunternehmerleistungen Gelenkbusse |
| Auftragsbeschreibung | Vergabegegenstand ist die Durchführung von Betriebsleistungen im Linien-/Sonderlinienverkehr mit Gelenkbussen im Verkehrsgebiet Heidelberg der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH (rnv) gemäß §§ 42 und 43 Personenbeförderungsgesetz (PBefG). |

VERFAHREN

| | |
|------------------------|---|
| Auftraggeber | V-Bus GmbH |
| Weitere Auftraggeber | |
| Auftraggebertyp | |
| Liefer-/Ausführungsort | 69115 Heidelberg |
| Leistungsart | Dienstleistung |
| Vergabeart | Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb (EU) (Sektorenverordnung) |

VERFAHRENSEIGENSCHAFTEN

| Losweise Vergabe | Nein | | | | |
|---------------------------------|---|------|-------------|------------|-------------------------------|
| Art der losweisen Vergabe | | | | | |
| Höchstzahl der Lose pro Angebot | | | | | |
| Zuschlagskriterium | Wirtschaftlichstes Angebot Berechnungsmethode: Freie Verhältniswahl Preis/Leistung Gewichtung: 70%: 30% | | | | |
| | Optionale Positionen werden in den Angebotspreis eingerechnet. | | | | |
| Klassifizierungen | <table border="1"> <thead> <tr> <th>Code</th><th>Bezeichnung</th></tr> </thead> <tbody> <tr> <td>60112000-6</td><td>Öffentlicher Verkehr (Straße)</td></tr> </tbody> </table> | Code | Bezeichnung | 60112000-6 | Öffentlicher Verkehr (Straße) |
| Code | Bezeichnung | | | | |
| 60112000-6 | Öffentlicher Verkehr (Straße) | | | | |

ANGEBOTE

| | |
|----------------------------------|---|
| Mehrere Hauptangebote zugelassen | Mehrere Hauptangebote sind nicht zulässig |
| Nebenangebote | Nebenangebote sind nicht zugelassen |
| Nachlass | Ja |
| Skonto zugelassen | Nein |
| Skonto Zahlungsziel | Tag(e) |
| Verwendung elektronischer Mittel | Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen |
| URL für elektronische Angebote | http://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off |
| Zulässige Signaturen | Textform nach §126b BGB |

SONSTIGE ANGABEN

| | |
|-------------|----------|
| Vertragsart | Sonstige |
|-------------|----------|

TERMINE

ALLGEMEIN

| | |
|--------------------------------|------|
| Vorausgegangene Vorinformation | Nein |
| Besondere Dringlichkeit | Nein |

BEKANNTMACHUNG

| | |
|----------------|------------|
| Vorinformation | |
| Bekanntmachung | 26.08.2025 |

ANGEBOTE UND BEWERTUNG

| | |
|--------------------------|------------------|
| Angebotsfrist | |
| Frist Bieterfragen | 16.09.2025 10:00 |
| Eröffnungstermin | |
| Bindefrist | |
| Versand Vorabinformation | |

AUFTRAGSDAUER

| | |
|-------------|------------|
| Beginn | 01.01.2027 |
| Ende | 31.12.2034 |
| Anmerkungen | |

ELEKTRONISCHE TEILNAHME

Bitte melden Sie sich auf der Bekanntmachungsplattform unter http://www.deutsche-everg.abe.de/Dashboards/Dashboards_off mit Ihrem Benutzernamen und Ihrem Passwort an.

Sofern Sie im System noch nicht registriert sind, können Sie dies auf der Plattform vornehmen. Die Registrierung ist kostenfrei.

Anschließend können Sie auf der Startseite bspw. nach dem Titel des Verfahrens über die Direktsuche als Suchbegriff suchen. Folgen Sie anschließend der Anleitung im System, um an dem Verfahren teilzunehmen.

BIETERFRAGEN

Bieterfragen müssen bis spätestens 16.09.2025 10:00 Uhr eingegangen sein. Für später eingehende Fragen wird deren Beantwortung nicht zugesichert. Bieterfragen müssen unter "Nachrichten" im eVergabe Bieterassistenten gestellt, sowie Antworten dort geprüft werden. Den Assistenten erreichen Sie unter folgender Adresse: http://www.deutsche-everg.abe.de/Dashboards/Dashboards_off. Fragen auf anderen Kommunikationswegen, wie telefonische, schriftliche oder E-Mail Anfragen werden nicht beantwortet.

Hinweis: Sie erhalten unmittelbar nach Beantwortung einer Bieterfrage eine Benachrichtigung per E-Mail über das Vorliegen von Antworten im Bieterassistenten. Sie müssen daher alle Antworten im Assistenten prüfen und dort zur Kenntnis nehmen.

Verfahrensbrief

1 Übersicht

1.1 Ziel Verfahrensbrief

Mit diesem Verfahrensbrief möchte der Auftraggeber den Ablauf des Verfahrens über die Ausschreibung von Betriebsleistungen im Linien-/Sonderlinienverkehr gem. §§ 42 und 43 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) im Verkehrsgebiet der rnv in Heidelberg mit Gelenkbussen beschreiben.

Auftraggeber ist die V-Bus GmbH (V-Bus). V-Bus ist eine Tochtergesellschaft der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH (rnv). V-Bus vergibt als Generalsubunternehmer der rnv Verkehrsleistungen an Dritte. Auftraggeber des Verkehrs ist die rnv. Die rnv vergibt den hier vorliegenden Auftrag im Namen ihrer Tochter V-Bus.

1.2 Verfahrensablauf

- ☐ offenes Verfahren
- ☐ nicht offenes Verfahren
- ☒ Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb
- ☐ Wettbewerblicher Dialog
- ☐ öffentliche Ausschreibung

1.3 Zeitplan

Der vorläufige Terminplan für das weitere Vergabeverfahren sieht wie folgt aus:

| Termin | Verfahrensschritt |
|------------------------|--|
| 16.09.2025 – 10.00 Uhr | Frist für Bewerberfragen |
| 26.09.2025 – 10.00 Uhr | Frist zur Einreichung von Teilnahmeanträgen |
| KW 44/2025 | Voraussichtliche Versendung der Angebotsaufforderungen |
| KW 48/2025 | Voraussichtliche Angebotsfrist |
| KW 50 - 52 / 2025 | Bietergespräche |
| 01.01.2027 | Leistungsbeginn |

[Subunternehmerleistungen für Gelenkbusse]
[223-25-EK7]

Der Auftraggeber behält sich Terminänderungen ausdrücklich vor. Der Zeitplan ist nur
indikativ.

1.4 Anwendbares Recht

Das Vergabeverfahren wird [als Verhandlungsverfahren mit vorherigem
Teilnahmewettbewerb] nach [der Sektorenverordnung (SektVO) und dem Gesetz gegen
Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)], durchgeführt.

1.5 Vergabegegenstand

Vergabegegenstand ist die Durchführung von Betriebsleistungen im Linien-
/Sonderlinienverkehr gem. §§ 42 und 43 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) im
Verkehrsgebiet der rnv in Heidelberg mit Gelenkbussen.

Nähere Details sind als Anlage (Vertrag) beigelegt.

2 Verfahrensbedingungen

2.1 Auftraggeber

V-Bus GmbH
Klärwerkstraße 2
68623 Lampertheim

2.2 Ausschreibende Stelle

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Möhlstraße 27
68165 Mannheim

Wir informieren Sie darüber, dass die V-Bus GmbH (V-Bus) die Rhein-Neckar-Verkehr
GmbH (rnv) zur Betreuung des zu vergebenen Projektes einsetzt. Die rnv tritt
ausschließlich im Namen und Auftrag der V-Bus auf. Die V-Bus ist und bleibt ihr einziger
Vertragspartner.

2.3 Kommunikation im Vergabeverfahren

Die Kommunikation im Vergabeverfahren erfolgt über die Vergabeplattform Deutsche
eVergabe (https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_Off). Jeder
Bewerber/Bieter ist verpflichtet, sich über die Vergabeplattform Deutsche eVergabe
(https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_Off) regelmäßig und
selbstständig über zur Verfügung gestellte, geänderte oder zusätzliche Dokumente und
Beantwortungen von Bewerber-/Bieterfragen zu informieren.

Teilnahmeanträge und Angebote sind ausschließlich in Textform mithilfe elektronischer Mittel
nach § 126 b BGB über die Vergabeplattform der rnv unter Deutsche eVergabe
(https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_Off) einzureichen.

Bitte beachten Sie, dass die Abgabe von Teilnahmeanträgen und Angeboten ausschließlich
über die dafür vorgesehenen Funktionen auf der Vergabeplattform erfolgen muss. Eine
Übermittlung mittels Bieternachricht führt zum Ausschluss.

[Subunternehmerleistungen für Gelenkbusse]
[223-25-EK7]

Änderungen an den vorformulierten Texten der Vergabeunterlagen sind unzulässig und können zum Ausschluss vom weiteren Vergabeverfahren führen. Etwaige Änderungen an den Eintragungen des Bewerbers/Bieters müssen zweifelsfrei und dokumentenecht sein.

2.4 Vertraulichkeit**2.4.1 Verwendung der Vergabeunterlagen**

Die Vergabeunterlagen dürfen nur zur Erstellung des Angebots und zur Erfüllung des evtl. folgenden Auftrags verwendet werden und sind vertraulich zu behandeln. Jede Verwendung für andere Zwecke, jede Veröffentlichung (auch auszugsweise) oder Weitergabe an Dritte ist ohne die ausdrückliche Zustimmung der rnv untersagt.

2.4.2 Verschwiegenheit

Jeder Bieter hat - auch nach Beendigung des Vergabeverfahrens - über die ihm dabei bekannt gewordenen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu bewahren. Er hat hierzu auch die mit der Sache befassten Mitarbeiter zu verpflichten.

2.5 Eignungsnachweise**2.5.1. Hinweispflicht der Bewerber und Fragefrist**

Enthalten die Bekanntmachung oder die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Unterlagen Unklarheiten, Widersprüche oder verstoßen diese nach Auffassung des Bewerbers gegen geltendes Recht, so hat der Bewerber die rnv unverzüglich schriftlich darauf hinzuweisen.

Fragen zu der Bekanntmachung und den übersandten Unterlagen sind unverzüglich, spätestens aber bis zum

16.09.2025 – 10.00 Uhr

über die Vergabeplattform Deutsche eVergabe (https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_Off) zu stellen.

Die Beantwortung von Fragen der Bewerber und sonstige verfahrensrelevante Informationen erfolgen grundsätzlich über die Vergabeplattform Deutsche eVergabe (https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_Off).

Die Bewerber sind aufgefordert, keine Informationen bei anderen Vertretern der rnv, deren Mitarbeitern oder Mitarbeitern von Drittfirmen oder Beratern einzuholen. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann zum Ausschluss des Bewerbers führen.

2.5.2 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkung

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden grundsätzlich vom Verfahren ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art der Bieter wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

[Subunternehmerleistungen für Gelenkbusse]
[223-25-EK7]

Der Geheimwettbewerb ist in jeder Phase des Vergabeverfahrens zu gewährleisten. Der Auftraggeber weist darauf hin, dass Mehrfachbeteiligungen am Vergabeverfahren zur Verletzung des Geheimwettbewerbs und damit zum Angebotsausschluss führen können.

Der Auftraggeber weist ferner darauf hin, dass die Bildung von Bietergemeinschaften nach § 1 GWB zu verbotenen Einschränkungen oder Verfälschungen des Wettbewerbs führen kann.

2.5.3 Form und Frist Einreichung Teilnahmeanträge

Die Teilnahmeanträge sind in deutscher Sprache abzufassen. Sie sind in Textform mithilfe elektronischer Mittel nach § 126 b BGB über die Vergabepattform der rnv unter Deutsche eVergabe (https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_Off) bis zum

26.09.2025 – 10.00 Uhr

einzureichen.

Verspätet eingegangene Teilnahmeanträge werden nicht berücksichtigt. Das Recht zur Nachforderung bei unvollständigen Teilnahmeanträgen bleibt davon unberührt.

2.5.4 Bewerber- / Bietergemeinschaften (Änderungen in der Zusammensetzung)

Im Falle der Bewerbung durch eine Bewerbergemeinschaft muss jedes Bewerbergemeinschaftsmitglied eine unterschriebene Bewerbergemeinschaftserklärung mit dem Teilnahmeantrag einreichen (Formblatt B.I.1.).

Eine Veränderung der Zusammensetzung der Bewerber-/Bietergemeinschaft ist grundsätzlich unzulässig.

2.5.5 Unterauftragnehmer/Eignungsleihe

Sofern der Bewerber zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Dritter/Nachunternehmer) in Anspruch nehmen will (Eignungsleihe), muss er den Namen dieses anderen Unternehmens benennen und angeben, wofür er die Kapazitäten des anderen Unternehmens in Anspruch nehmen will. Entsprechende Nachweise sind für das andere Unternehmen in dem Umfang vorzulegen, wie sie für den Bewerber vorzulegen wären.

Außerdem muss der Bewerber durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung gestellt werden (Formblatt B.IX.1).

Im Rahmen der Eignungsprüfung wird der Auftraggeber prüfen, ob das Unternehmen, dessen Kapazitäten der Bewerber für die Erfüllung bestimmter Eignungskriterien in Anspruch nehmen will, die entsprechenden Kriterien erfüllt und ob Ausschlussgründe, insbesondere zwingende Ausschlussgründe nach § 123 GWB oder fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB, vorliegen. Hierfür muss der Bewerber durch das Unternehmen Formblatt B.IV.1 ausfüllen lassen und mit dem Teilnahmeantrag einreichen. Sofern ein zwingender Ausschlussgrund nach § 123 GWB bei dem vom Bewerber benannten Unternehmen vorliegt oder das Unternehmen das entsprechende Eignungskriterium, für das es benannt wurde, nicht erfüllt, wird der Auftraggeber dem Bewerber gemäß § 47 Abs. 2 SektVO vorschreiben, das Unternehmen zu ersetzen. Sofern ein fakultativer Ausschlussgrund nach § 124 GWB vorliegt, wird der

[Subunternehmerleistungen für Gelenkbusse]
[223-25-EK7]

Auftraggeber nach pflichtgemäßem Ermessen entscheiden, ob der Bewerber das Unternehmen ersetzen muss. Für die Aufforderung zur Ersetzung eines benannten Unternehmens wird die rnv den Bewerbern eine Frist setzen.

Im Übrigen ist der Austausch eines einmal benannten anderen Unternehmens zu einem späteren Zeitpunkt grundsätzlich unzulässig.

Nachunternehmer, die der Bewerber für die Auftragsausführung einsetzen will, deren Kapazitäten er zum Nachweis seiner Eignung aber nicht in Anspruch nehmen will, müssen in diesem Verfahrensstadium noch nicht benannt werden.

2.5.6 Prüfung und Wertung der Teilnahmeanträge

Die Prüfung und Wertung der Teilnahmeanträge erfolgt nach den einschlägigen Vorschriften der Sektorenverordnung (SektVO) und des GWB]. Der Prüfung und Wertung der Teilnahmeanträge wird folgendes System zugrunde gelegt:

Der Auftraggeber wird die fristgerecht eingegangenen Teilnahmeanträge auf Vollständigkeit und Fehlerlosigkeit prüfen. Soweit sich daraus ergibt, dass Teilnahmeanträge unvollständig oder fehlerhaft sind, kann der Auftraggeber den Bewerber im Rahmen des rechtlich Zulässigen nach pflichtgemäßem Ermessen unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung auffordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte Angaben, Erklärungen und Nachweise innerhalb einer für alle Bewerber einheitlichen Nachfrist nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren. Dieses Recht zur Nachforderung begründet indes keine Verantwortung des Auftraggebers für die Vollständigkeit der Teilnahmeanträge. Haftungsansprüche aus einer fahrlässig versäumten Nachforderung von Unterlagen sind ausgeschlossen. Jeder Bewerber bleibt für den Nachweis seiner Eignung und die Vollständigkeit und Fehlerlosigkeit seines Teilnahmeantrages allein verantwortlich.

2.5.7 Anfordern zusätzlicher Unterlagen

Der Auftraggeber behält sich vor, von den Bewerbern zusätzliche Unterlagen zur Aufklärung, Verifizierung und Validierung der mit den Teilnahmeanträgen eingereichten Angaben, Erklärungen und Nachweisen anzufordern.

2.5.8 Prüfung auf Vorliegen von Ausschlussgründen

Darauf erfolgt eine Prüfung der Teilnahmeanträge auf Vorliegen von Ausschlussgründen. Ein zwingender Ausschluss des Bewerbers erfolgt bei Vorliegen eines Ausschlussgrundes nach § 123 GWB. Davon kann gegebenenfalls unter den in § 123 Abs. 4 S. 2, Abs. 5, § 125, § 126 GWB geregelten Voraussetzungen abgesehen werden.

Des Weiteren kann ein Ausschluss erfolgen, bei Vorliegen eines Ausschlussgrundes nach § 124 GWB, nach § 21 Arbeitnehmerentsendegesetz (AEntG), nach § 98c Aufenthaltsgesetz (AufenthG), nach § 19 Mindestlohngesetz (MiLoG) und nach § 21 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz (SchwarzArbG). Davon kann nach pflichtgemäßem Ermessen und gegebenenfalls unter den in §§ 125 und 126 GWB geregelten Voraussetzungen abgesehen werden.

2.5.9 Prüfung Erlaubnis zur Berufsausübung und Leistungsfähigkeit

Darauf folgt die Prüfung der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung, der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit und der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit des Bewerbers gemessen an der zu vergebenden Leistung anhand der vom Bewerber eingereichten Angaben, Erklärungen und Nachweise.

Der Bieter muss je nach Rechtsvorschrift des Staates, in dem er niedergelassen ist, die Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister dieses Staates durch einen entsprechenden Nachweis nachweisen.

Sofern der Bieter nach den Rechtsvorschriften seines Niederlassungsmitgliedersstaates nicht zur Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister verpflichtet ist, hat er dies in seinem Teilnahmeantrag anzugeben.

Ferner muss der Bewerber wirtschaftlich und finanziell leistungsfähig sein. Die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit ist als gewährleistet anzusehen, wenn nach der Einschätzung des Auftraggebers anzunehmen ist, dass der Bewerber über die erforderlichen wirtschaftlichen und finanziellen Kapazitäten verfügt, um seine laufenden finanziellen Verpflichtungen unter Einschluss derjenigen aus dem hiesigen Auftrag zu erfüllen. Eine entsprechende Eigenerklärung hat der Bewerber auf der Vergabeplattform abzugeben.

Zum Nachweis seiner wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit hat der Bewerber auf der Vergabeplattform Angaben zu den Unternehmensumsätzen insgesamt sowie zu den Umsätzen zu den aus dem mit dem ausgeschriebenen Auftrag vergleichbaren Tätigkeiten der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre (2022-2024) zu machen.

Schließlich muss der Bewerber zur Sicherung etwaiger Ersatzansprüche aus dem Auftrag spätestens unverzüglich nach Zuschlagserteilung über eine Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung verfügen, die über die gesamte Vertragslaufzeit aufrecht erhalten bleiben muss.

Die Deckungssumme dieser Versicherung muss mindestens betragen:

- 10 Mio. Euro pauschal für Personen- und Sachschäden.

Die Versicherung muss eine unbegrenzte Nachhaftungspflicht aufweisen. Diese gilt auch für den Todesfall des Versicherungsnehmers sowie die Liquidation/Insolvenz des Auftragnehmers.

2.5.10 Auswahl und Anzahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bewerber

Sollten danach mehr als 5 Bewerber oder Bewerbergemeinschaften geeignet sein, wird der Auftraggeber die geeigneten Bewerber/Bewerbergemeinschaften hinsichtlich des Grades ihrer Eignung bewerten. Für diese vergleichende Wertung sind [die von dem Bewerber genannten Referenzen] maßgeblich. Hat der Bieter zwei bis vier Linien in einem Auftrag bedient, erhält er hierfür 5 Punkte. Hat der Bieter fünf und mehr Linien in einem Auftrag bedient, erhält er hierfür 10 Punkte.

Hat der Bieter eine Auftragsdauer von mind. 68 Monaten ohne Unterbrechung mehr, erhält er hierfür 10 Punkte.

Die rnv behält sich zudem vor, im Rahmen des rechtlich Zulässigen, Erfahrungen mit dem Bewerber bei der Bewertung zu berücksichtigen.

[Subunternehmerleistungen für Gelenkbusse]
[223-25-EK7]

Der Auftraggeber fordert mindestens drei, maximal fünf Bewerber zur Angebotsabgabe auf. Sollten weniger als drei Bewerber nach der Eignungsprüfung geeignet sein, so kann der Auftraggeber auch weniger als drei Bewerber zur Angebotsabgabe auffordern.

Die Auswahl der Bewerber erfolgt in diesem Fall auf der Grundlage der Rangfolge, die sich aus der differenzierenden Wertung gemäß den o.g. Regelungen ergibt.

Sollte Gleichstand bestehen, so entscheidet das Los.

2.5.11 Kosten für die Teilnahme am Verfahren

Für die Erstellung der Bewerbungs- und Angebotsunterlagen und die Teilnahme an diesem Verfahren werden die Kosten nicht erstattet und Entschädigungen nicht gewährt.

3 Angebote

Die Zuschlagskriterien zur Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebotes werden wie folgt angewendet:

| Gewichtung | Zuschlagskriterium |
|-------------------|---|
| 70 % | Preis |
| 30 % | Konzept zur Stabilität der Betriebsabläufe und Qualitätssicherung |

Der Auftraggeber behält sich vor, die Zuschlagskriterien im Verlaufe des Verfahrens im Rahmen des rechtlich zulässigen näher zu konkretisieren.

4 Rügepflicht und Nachprüfung

4.1 Zulässigkeit Nachprüfungsantrag

Die Zulässigkeit von Nachprüfungsanträgen richtet sich nach § 160 GWB. Nach § 160 Abs. 3 GWB ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

[Subunternehmerleistungen für Gelenkbusse]
[223-25-EK7]

Dies gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2 GWB. § 134 Absatz 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

4.2 Vergabekammer

Der Bieter kann sich zur Nachprüfung behaupteter Vergabeverstöße an die, in der Auftragsbekanntmachung genannte, Stelle wenden.

Regierungspräsidium Darmstadt
Wilhelminenstraße 1 – 3
64283 Darmstadt

Tel.: +49 6151126603

Fax: +49 6151125816

Internet: <https://rp-darmstadt.hessen.de>

4.3 Rechtsgrundlagen

Für die Einlegung von Rechtsbehelfen gelten u.a. die folgenden Regelungen des GWB:

§ 134 Informations- und Wartepflicht

- (1) Öffentliche Auftraggeber haben die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses unverzüglich in Textform zu informieren. Dies gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist.
- (2) Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung der Information nach Absatz 1 geschlossen werden. Wird die Information auf elektronischem Weg oder per Fax versendet, verkürzt sich die Frist auf zehn Kalendertage. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bewerber kommt es nicht an. Die Informationspflicht entfällt in Fällen, in denen das Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb wegen besonderer Dringlichkeit gerechtfertigt ist. Im Fall verteidigungs- oder sicherheitsspezifischer Aufträge können öffentliche Auftraggeber beschließen, bestimmte Informationen über die Zuschlagserteilung oder den Abschluss einer Rahmenvereinbarung nicht mitzuteilen, soweit die Offenlegung den Gesetzesvollzug behindert, dem öffentlichen Interesse, insbesondere Verteidigungs- oder Sicherheitsinteressen, zuwiderläuft, berechnete geschäftliche Interessen von Unternehmen schädigt oder den lauterer Wettbewerb zwischen ihnen beeinträchtigen könnte.

§ 135 Unwirksamkeit

- (1) Ein öffentlicher Auftrag ist von Anfang an unwirksam, wenn der öffentliche Auftraggeber
 1. gegen § 134 verstoßen hat oder

[Subunternehmerleistungen für Gelenkbusse]
[223-25-EK7]

2. den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat, ohne dass dies aufgrund Gesetzes gestattet ist,

und dieser Verstoß in einem Nachprüfungsverfahren festgestellt worden ist.

- (2) Die Unwirksamkeit nach Absatz 1 kann nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.
- (3) Die Unwirksamkeit nach Absatz 1 Nummer 2 tritt nicht ein, wenn
 1. der öffentliche Auftraggeber der Ansicht ist, dass die Auftragsvergabe ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union zulässig ist,
 2. der öffentliche Auftraggeber eine Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht hat, mit der er die Absicht bekundet, den Vertrag abzuschließen, und
 3. der Vertrag nicht vor Ablauf einer Frist von mindestens zehn Kalendertagen, gerechnet ab dem Tag nach der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung, abgeschlossen wurde.

Die Bekanntmachung nach Satz 1 Nummer 2 muss den Namen und die Kontaktdaten des öffentlichen Auftraggebers, die Beschreibung des Vertragsgegenstands, die Begründung der Entscheidung des Auftraggebers, den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union zu vergeben, und den Namen und die Kontaktdaten des Unternehmens, das den Zuschlag erhalten soll, umfassen.

§ 160 Einleitung, Antrag

- (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.
- (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.
- (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit
 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung

[Subunternehmerleistungen für Gelenkbusse]
[223-25-EK7]

- benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

4.4 Weiterleitung von Vergabeunterlagen

Der Auftraggeber ist im Falle eines Nachprüfungsantrags verpflichtet, die Vergabeakten, die auch die abgegebenen Teilnahmeanträge und Angebote enthalten, an die Vergabekammer weiterzuleiten. Gemäß § 165 GWB haben die Verfahrensbeteiligten unter Umständen Anspruch auf Akteneinsicht und können sich gegebenenfalls Ausfertigungen, Auszüge oder Abschriften erteilen lassen. Die Vergabekammer hat die Einsicht in die Unterlagen zu versagen, soweit dies aus wichtigen Gründen, insbesondere des Geheimsschutzes oder zur Wahrung von Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen geboten ist. Es ist daher im Interesse des Bewerbers oder Bieters, bereits mit der Abgabe des Teilnahmeantrags oder Angebotes eine entsprechende Kennzeichnung der Stellen vorzunehmen, die Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse enthalten.

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Wichtiger Hinweis an Bieter als Arbeitgeber:

Wir verarbeiten im Rahmen des Vergabeverfahrens die personenbezogenen Daten von Mitarbeitern Ihres Unternehmens, aus denjenigen Unterlagen, die Sie im Vergabeverfahren an uns übermitteln (insbesondere Teilnahmeanträge und Angebote). Im Hinblick auf die insoweit von Ihnen an uns übersandten Informationen zu Mitarbeitern Ihres Unternehmens delegieren wir hiermit unsere Informationspflichten gemäß den Artt. 13 und 14 DSGVO gegenüber den betroffenen Personen auf Sie als Bieter. Wir bitten Sie deshalb, dieses Hinweisblatt vor der Übermittlung solcher Unterlagen allen betroffenen Beschäftigten auszuhandigen.

1. Einleitung

Die im Rahmen des Vergabeverfahrens zu **[Subunternehmerleistungen für Gelenkbusse]** bei der V-Bus GmbH durchgeführte von der rnv Rhein-Neckar-Verkehr GmbH („rnv“, „wir“ und „uns“) einzureichenden Dokumente enthalten personenbezogene Daten, die für die Kommunikation und für die Entscheidungsfindung im Vergabeverfahren erforderlich sind. Der Schutz dieser Daten ist uns wichtig. Wir verarbeiten sie daher mit größtmöglicher Sorgfalt und in Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen.

Nachfolgend informieren wir Sie gemäß den Vorgaben der Artt. 13 und 14 der Europäischen Datenschutzgrundverordnung („**DSGVO**“) über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns und die Ihnen nach den datenschutzrechtlichen Regelungen zustehenden Ansprüche und Rechte als Betroffener.

2. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden?

Verantwortlicher im Sinne der DSGVO:

rnv Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Möhlstraße 27
68165 Mannheim
Tel.: 0621-465-0
E-Mail: kundenservice@rnv-online.de

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:

CTM-COM GmbH
Herr Mentges
Marienburgstraße 27
64297 Darmstadt
Tel.: 06154-57605 111
E-Mail: datenschutz@ctm-com.de oder datenschutz@rnv-online.de

3. Welche Quellen und Daten nutzen wir?

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir im Rahmen des Vergabeverfahrens von Ihnen

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

oder Ihrem Arbeitgeber erhalten. Das sind insbesondere die Daten aus Teilnahmeanträgen oder Angeboten, die im Vergabeverfahren gefordert und einzureichen sind. Regelmäßig handelt es sich dabei um:

- dienstliche Kontaktdaten von Ihnen als Einzelunternehmer oder Mitarbeiter Ihres Arbeitgebers, wie Vor- und Nachname, Position im Unternehmen, berufliche Telefonnummer und E-Mail-Adresse,
- Angaben zu Ihrem beruflichen Werdegang und Ihrer beruflichen Qualifikation, wie Lebensläufe, Berufsabschlüsse und persönliche Berufserfahrungen.

Darüber hinaus verarbeiten wir – soweit für das Vergabeverfahren erforderlich – personenbezogene Daten, die wir aus öffentlich zugänglichen Quellen wie Handels- und Vereinsregister, Gewerbezentralregister bzw. Wettbewerbsregister, Presse, Internet zulässigerweise erheben dürfen oder die uns von anderen Behörden des Bundes und der Länder oder von sonstigen Dritten (z.B. Auskunftsteilen) berechtigt übermittelt werden.

Wir erheben darüber hinaus personenbezogene Daten, z.B. im Zusammenhang mit Bedarfserhebungen, Beschaffungsvorhaben, Teilnahmeanträgen, Angeboten, Fragen, welche z.B. über Webformulare in eVergabeplattformen oder per E-Mail an uns übermittelt werden, Daten aus der Erfüllung unserer vertraglichen Verpflichtungen (z.B. Zahlungsverkehr) sowie Dokumentationsdaten (z.B. über Fragen und Antworten zu unseren Vergabeverfahren).

4. Wofür verarbeiten wir Ihre Daten (Zweck der Verarbeitung) und auf welcher Rechtsgrundlage?

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten im Einklang mit den Bestimmungen der Datenschutzgrundverordnung („**DSGVO**“) und – soweit anwendbar – des Bundesdatenschutzgesetzes („**BDSG**“) sowie gegebenenfalls weiteren anwendbaren Datenschutzbestimmungen.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt zum Zweck der rechtmäßigen Durchführung und Verwaltung des Vergabeverfahrens, im Einzelnen zur:

- Einhaltung der geltenden vergaberechtlichen Vorschriften, insbesondere der Vergabe Grundsätze des Wettbewerbs, der Transparenz, der Wirtschaftlichkeit, der Verhältnismäßigkeit, der Gleichbehandlung
- Prüfung und Beantwortung von Fragen und Hinweisen von Bietern im Vergabeverfahren
- Prüfung und Wertung von Interessensbekundungen, Interessensbestätigungen, Teilnahmeanträgen und Angeboten im Vergabeverfahren, insbesondere auf vergaberechtliche Ausschlussgründe
- Dokumentation des Vergabeverfahrens
- Führung einer sachdienlichen Kommunikation während des Vergabeverfahrens.

Soweit die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zur Durchführung der für uns verpflichtenden Eignungsprüfung (insbesondere Angaben zur Befähigung und gegebenenfalls Erlaubnis zur Berufsausübung sowie zur technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit) und für die Prüfung zwingender Ausschlussgründe wegen eines Verstoßes gegen bestimmte Strafvorschriften erfolgt, ist diese gemäß Art. 6 Absatz 1 Satz 1 lit. c), Absatz 3 DSGVO in Verbin-

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

dung mit den §§ 122 und 123 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen („GWB“) zur Erfüllung dieser rechtlichen Verpflichtungen zulässig.

Im Übrigen ist die Rechtsgrundlage der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen des Vergabeverfahrens Art. 6 Absatz 1 Satz 1 lit. f) DSGVO. Diese Vorschrift gestattet uns die Verarbeitung personenbezogener Daten, soweit dies zur Wahrung unserer berechtigten Interessen oder der Interessen eines Dritten erforderlich ist, sofern nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Personen, die den Schutz personenbezogener Daten erforderlich machen, überwiegen. Unser berechtigtes Interesse besteht in der ordnungsgemäßen Durchführung des Vergabeverfahrens unter Beachtung der insoweit geltenden gesetzlichen Vorgaben.

5. Wer bekommt Ihre Daten?

Eine Weitergabe Ihrer Daten erfolgt nur, soweit eine Rechtsgrundlage dies gestattet. Ihre personenbezogenen Daten werden – soweit erforderlich und zulässig – weitergegeben an:

- Bundesamt für Justiz zur Einholung von Gewerbezentralregister-Auskünften gem. § 150a GewO
- zuständige Stellen für vergaberechtliche relevante Register (z.B. Wettbewerbsregister, Transparenzregister)
- zuständige Stellen zur Einholung von Auskünften betreffend das Vorliegen von vergaberechtlichen Ausschlussgründen
- Referenzgeber zur Überprüfung von Referenzen
- Sicherheits- und Ordnungsbehörden zur Überprüfung etwaiger bewachungsrechtlicher Voraussetzungen
- mit der Beratung oder Unterstützung im Vergabeverfahren beauftragte Dritte (z.B. Ingenieurbüros, Beratungsunternehmen, Rechtsanwaltskanzleien)
- Teilnehmer am Vergabeverfahren zur Information über die Vergabeentscheidung
- Instanzen für die Nachprüfung von Vergabeverfahren und die dort beteiligten Parteien
- Rechnungsprüfungs-, Revisions- und Kontrollinstanzen.

Soweit wir mit **Auftragsverarbeitern** zusammenarbeiten, werden Ihre Daten an diese weitergegeben. Auftragsverarbeiter sind Unternehmen, die wir im gesetzlich vorgesehenen Rahmen (Art. 28 DSGVO) mit der Verarbeitung von Daten beauftragen (Dienstleister, Erfüllungsgehilfen) und entsprechend anweisen. Wir bleiben auch in diesem Fall weiterhin für den Schutz Ihrer personenbezogenen Daten verantwortlich. Beauftragt werden diese Unternehmen von uns insbesondere in folgenden Bereichen

- Bereitstellung und Betrieb der im Vergabeverfahren eingesetzten eVergabeplattformen
- ggf. Digitalisierung von in Papierform im Vergabeverfahren eingereichten Unterlagen.

6. Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?

Ihre Daten werden nach der Erhebung so lange gespeichert, wie dies zur Durchführung des Vergabeverfahrens und unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen erforderlich ist. Als Bestandteil der Dokumentation des Vergabeverfahrens fallen Ihre Daten unter die Aufbewahrungsfristen gemäß § 8 Abs. 4 VgV (bis zum Ende der Laufzeit des Vertrages oder Rah-

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

menvertrages, mindestens jedoch für drei Jahre ab dem Tag des Zuschlages) oder im Fall einer Unterschwellenvergabe gemäß § 6 Abs. 2 UVgO (mindestens drei Jahre ab dem Tag des Zuschlags).

Darüber hinaus können für uns abweichende Aufbewahrungsfristen gelten, die in Rechts- und Verwaltungsvorschriften wie denjenigen zur Bundeshaushaltsordnung festgelegt sind. Gemäß diesen Vorschriften kann eine Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten für einen Zeitraum von bis zu zehn Jahren erforderlich sein.

Soweit nach Beendigung des Vergabeverfahrens durch Ihr Unternehmen oder durch uns noch Ansprüche bestehen oder geltend gemacht werden, werden Ihre personenbezogenen Daten jedoch erst dann gelöscht, wenn diese Ansprüche abschließend geklärt sind, spätestens jedoch mit Ablauf der gesetzlichen Verjährungsfrist. Gemäß den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches („BGB“) können diese Verjährungsfristen bis zu 30 Jahre betragen, wobei die regelmäßige Verjährungsfrist drei Jahre beträgt.

Sofern die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten für die vorgenannten Zwecke nicht mehr erforderlich ist, löschen wir diese.

7. Werden Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt?

Eine Datenübermittlung in Drittländer (Staaten außerhalb der europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraums - EWR) oder an eine internationale Organisation findet nicht statt.

8. Welche Rechte haben Sie?

Sie haben unter den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen uns gegenüber folgende Rechte:

a. Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO)

Gemäß Art. 15 DSGVO haben Sie das Recht, von uns eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob wir personenbezogene Daten verarbeiten, die Sie betreffen. Ist dies der Fall, so haben Sie ein Recht auf detaillierte Auskunft über die Verarbeitung dieser personenbezogenen Daten. Die Auskunftserteilung kann in begründeten Einzelfällen auf Grundlage des Art. 12 Abs. 5 Satz 2 lit. b) DSGVO oder der in § 34 BDSG geregelten Fälle abgelehnt werden.

b. Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO)

Sie können von uns die unverzügliche Berichtigung unrichtiger Daten verlangen, die Sie betreffen. Unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung haben Sie zudem das Recht, die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten – auch mittels einer ergänzenden Erklärung – zu verlangen.

c. Recht auf Löschung oder „Recht auf Vergessenwerden“ (Art. 17 DSGVO)

Sie haben unter den in Art. 17 DSGVO genannten Voraussetzungen das Recht auf Löschung Ihrer personenbezogenen Daten. Dieses Recht ist in den in Artikel 17 Abs. 3 DSGVO genann-

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

ten Fällen eingeschränkt.

d. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)

Sie haben unter den in Art. 18 DSGVO genannten Voraussetzungen das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, u.a. wenn und solange Uneinigkeit über die Richtigkeit Ihrer Daten besteht, Sie eine Löschung der Daten ablehnen oder Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen und noch nicht feststeht, ob unsere berechtigten Interessen überwiegen.

e. Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)

Soweit eine Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns ausnahmsweise auf Ihrer freiwillig erteilten und jederzeit widerrufbaren Einwilligung oder einem Vertrag gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. b) DSGVO beruht, können Sie bei Vorliegen der in Art. 20 DSGVO genannten Voraussetzungen auch die Herausgabe der im Rahmen des Vergabeverfahrens bereitgestellten personenbezogenen Daten oder deren Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen verlangen (**Recht auf Datenübertragbarkeit**).

f. Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 77 DSGVO)

Ferner haben Sie das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde insbesondere in dem EU-Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, Ihres Arbeitsplatzes oder des Ortes des mutmaßlichen Verstoßes, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden Daten gegen die DSGVO oder andere Datenschutzvorschriften verstößt.

Die Anschrift der für die rnv zuständigen Aufsichtsbehörde lautet:

Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Königstraße 10a
70173 Stuttgart
Tel: 0711 61 55 41-0
E-Mail: poststelle@ldi.bwl.de

Weitere verwaltungsrechtliche oder gerichtliche Rechtsbehelfe, die Ihnen möglicherweise zustehen, bleiben hiervon unberührt.

9. Besteht für Sie eine Pflicht zur Bereitstellung von Daten?

Im Rahmen des Vergabeverfahrens müssen diejenigen Ihrer personenbezogenen Daten bereitgestellt werden, die für die Durchführung und Verwaltung eines rechtmäßigen Vergabeverfahrens und der damit verbundenen vergaberechtlichen Rechte und Pflichten von uns als öffentlichem Auftraggeber erforderlich sind.

Ohne diese Daten wird die rechtmäßige Durchführung und Verwaltung des Vergabeverfahrens gefährdet.

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

10. Inwieweit gibt es eine automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall?

Zur Durchführung und Verwaltung des Vergabeverfahrens findet grundsätzlich keine vollautomatisierte Entscheidungsfindung gemäß Art. 22 DSGVO statt. Sollten wir diese Verfahren in Einzelfällen einsetzen, werden wir Sie hierüber gesondert informieren.

Widerspruchsrecht gemäß Art. 21 DSGVO

Sie haben zudem das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, die gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. f) DSGVO (Datenverarbeitung auf der Grundlage einer Interessenabwägung) erfolgt, Widerspruch gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO einzulegen. Dies gilt auch für ein etwa auf diese Bestimmung gestütztes Profiling im Sinne von Art. 4 Nr. 4 DSGVO.

Legen Sie Widerspruch ein, werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten; es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Der Widerspruch ist formfrei möglich und an die unter Ziffer 2 angegebenen Kontaktdaten zu richten.

Subunternehmervertrag

rnv-Gelenkbus

zwischen der

V-Bus GmbH
Klärwerkstraße 2, 68623 Lampertheim

-im Folgenden auch „V-Bus“ oder „Auftraggeber“ genannt-

und der

xxx

xxx

-im Folgenden auch „Auftragnehmer“ oder „AN“ genannt-

-zusammen im Folgenden auch „Vertragsparteien“ genannt-

Präambel

V-Bus GmbH (V-Bus) vergibt nach diesem Vertrag als Generalsubunternehmer der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH (rnv) Verkehrsleistungen an Dritte. Auftraggeber des Verkehrs ist die rnv. Die Verkehrsleistung umfasst Linienverkehr mit Gelenkbussen im Verkehrsgebiet Heidelberg der rnv. Die Vergabe erfolgt in einem Los, Teillöse werden nicht gebildet.

Sofern in diesem Vertrag Verpflichtungen auch direkt und zugunsten der rnv festgelegt werden, ist dies ausdrücklich erwähnt. Die rnv nimmt diese Leistung auch an, eine Verrechnung erfolgt ausschließlich über diesen Vertrag.

1. Gegenstand des Vertrages

- 1.1 Gegenstand dieses Vertrages ist die Beauftragung von Betriebsleistungen im Linien-/Sonderlinienverkehr gem. §§ 42 und 43 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) durch den Auftraggeber im Verkehrsgebiet der rnv in Heidelberg an den Auftragnehmer. Der Leistungsumfang ist in der **Anlage 1** zu diesem Vertrag näher bestimmt.
- 1.2 Die Vertragsparteien sind sich darüber einig, dass die wirtschaftliche Selbständigkeit des Auftragnehmers durch diesen Vertrag nicht beeinträchtigt wird.

2. Pflichten des Auftragnehmers

- 2.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Betriebsleistung unter Beachtung aller gesetzlichen Vorschriften, insbesondere des PBefG und der BOKraft, sowie der aus der Genehmigung des Linien-/Sonderlinienverkehrs folgenden Pflichten, zu erbringen.
- 2.2 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die von ihm zu erbringende Betriebsleistung pünktlich unter Einhaltung des Fahrplans oder der besonderen Anordnung durch den Auftraggeber durchzuführen. Weisungen der rnv erfolgen dabei immer im Auftrag von V-Bus. Im Übrigen hat der Auftragnehmer alle sachlichen und personellen Mittel für die ihm beauftragte Betriebsleistung zu stellen. Eine Übertragung der Leistung oder Teile der Leistung durch den Auftragnehmer auf Dritte ist ohne vorherige Zustimmung des Auftraggebers nicht gestattet.
- 2.3 Der Auftragnehmer ist für die Einhaltung aller gesetzlichen Vorschriften über die Arbeits-, Lenk- und Ruhezeiten verantwortlich. Unbeschadet dieser Verpflichtung des Auftragnehmers, hat der Auftraggeber das Recht, die Einhaltung dieser Vorschriften durch Kontrolle der Fahrerkarten gemäß § 5 Fahrpersonalverordnung (FPersV), soweit das Fahrpersonal darüber verfügt, jederzeit zu überprüfen. V-Bus kann die rnv mit der Überprüfung beauftragen.
- 2.4 Der Inhalt der Dienstvorschriften sowie der Inhalt ständig herausgegebener Verfügungen und Bekanntmachungen des Auftraggebers oder der rnv, die sich V-Bus zu eigen macht, sind durch den Auftragnehmer verbindlich umzusetzen.

- 2.5 Fundsachen sind unter Angabe von Fundtag, -zeit und -ort unverzüglich an das von V-Bus zu benennende Fundbüro abzuliefern.
- 2.6 Alle Vorkommnisse, die den planmäßigen Betriebsablauf stören, sowie Betriebs-einschränkungen jeglicher Art sind dem Auftraggeber über die Betriebsleitstelle der rnv unverzüglich - in dringenden Fällen fernmündlich - mitzuteilen.
- 2.7 Der Auftraggeber oder ein Beauftragter des Auftraggebers, insbesondere die rnv, ist zum Zwecke der Überprüfung der ordnungsgemäßen Verkehrs- und Vertragsabwicklung jederzeit berechtigt, Kontrollen durchzuführen sowie die Durchführung von Verkehrszählungen durch den Auftragnehmer zu verlangen, sofern damit kein unverhältnismäßig hoher Aufwand verbunden ist.
- 2.8 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber über jede Beschwerde, die im Zusammenhang mit einer Betriebsleistung nach diesem Vertrag steht, unverzüglich in Kenntnis zu setzen.
- 2.9 Der Auftragnehmer hat die Vorgaben der rnv zur Nutzung des RBL gem. **Anlage 8** einzuhalten.

3. Personal

- 3.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, nur geeignetes, den Anforderungen der BOKraft entsprechendes Personal einzusetzen und im erforderlichen Umfang zu überwachen.

Das eingesetzte Personal muss der deutschen Sprache in Wort und Schrift zumindest auf dem Sprachniveau B1 (gemäß den Richtlinien des gemeinsamen europäischen Referenzrahmens für Sprachen) und insofern mächtig sein, dass

- betriebliche Weisungen und Anordnungen von befugtem Personal des Auftraggebers und der rnv eindeutig verstanden und umgesetzt werden können,
- eine eindeutige und verständliche Kommunikation mit der Betriebszentrale der rnv möglich ist,
- das Eingabegerät des Bordrechners bedient werden kann sowie
- eine Fahrgastbedienung (insbesondere Fahrausweisverkauf und Auskunftserteilung) gewährleistet werden kann.

Der Auftraggeber kann zum Nachweis des Sprachniveaus B1 (gemäß den Richtlinien des gemeinsamen europäischen Referenzrahmens für Sprachen) die Vorlage eines entsprechenden Zertifikats einer Sprachschule einfordern.

Der Auftragnehmer hat nach Prüfung der ihm übertragenen Leistungen dafür zu sorgen, dass das Fahrpersonal die in Ziffer 4. genannten Pflichten beachtet. Insbesondere muss es über ausreichende Streckenkenntnisse/Kenntnisse der Linienführung verfügen und über pünktliche Einhaltung des Fahrplans und korrektes Verhalten gegenüber den Fahrgästen geschult werden. Der Auftragnehmer versichert überdies, die einschlägigen arbeitsrechtlichen und für

den Auftragnehmer geltenden tarifvertraglichen Bestimmungen, die Unfallverhütungsvorschriften sowie die betrieblichen Dienstvorschriften des Auftraggebers und der rnv (DFBus usw.) zu beachten.

Es darf nur sozialversicherungspflichtiges Fahrpersonal eingesetzt werden. Der Sozialversicherungsausweis ist mitzuführen.

- 3.2 Alle Fahrpersonale sind dem Auftraggeber und der rnv unter Angabe des Namens, der Führerschein-Nr. und der Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung, des Ausstellungsdatums der Erlaubnis und der ausstellenden Behörde, bekanntzugeben.

Alle Fahrpersonale des Auftragnehmers sind vor dem ersten Einsatz auf Verlangen des Auftraggebers oder der rnv durch den Auftraggeber oder die rnv zu unterweisen. Die Fahrpersonale sind vom Auftragnehmer nach gegenseitiger Absprache auf dessen Kosten für die Unterweisung freizustellen. Der Auftraggeber oder die rnv haben das Recht, die praktischen und theoretischen Kenntnisse in einer Prüfung festzustellen. Ein Nichtbestehen der Prüfung rechtfertigt die Ablehnung dieses Fahrers. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, für Fahrleistungen nach diesem Vertrag kein Fahrpersonal einzusetzen, das in den letzten fünf Jahren beim Auftraggeber oder der rnv verhaltensbedingt gekündigt wurde. Ausnahmen bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers.

- 3.3 Die Fahrpersonale haben mindestens ein-, höchstens zweimal, jährlich an einer betrieblichen Schulung des Auftraggebers oder der rnv teilzunehmen. Die Gesamtdauer der Schulung(en) beträgt 8 Std. / Jahr. Außerdem haben die Fahrpersonale Qualifikationsnachweise entsprechend dem BrKrFQG beizubringen und sind zur Weiterbildung gemäß den in vorgenanntem Gesetz enthaltenen Vorgaben verpflichtet.

Vor Betriebsaufnahme erhalten vom Auftragnehmer benannte Mitarbeiter eine Erstunterweisung in der Handhabung des Bedienteils des Rechnergestützten Betriebsleitsystems der rnv.

Der Auftragnehmer hat die Fahrpersonale für die Zeit der Schulungen und Unterweisungen auf eigene Kosten freizustellen. Nehmen Fahrpersonale nicht an den Schulungen teil bzw. werden die Qualifikations- und Weiterbildungsmaßnahmen gemäß BrKrFQG nicht beigebracht, ist der Auftraggeber oder die rnv berechtigt, die betreffenden Fahrer von der Durchführung weiterer Fahrten im Rahmen dieses Vertrages auszuschließen.

- 3.4 Die Fahrpersonale erhalten einen personenbezogenen Berechtigungsausweis für den Einsatz im Linienverkehr der rnv. Dieser Ausweis ist während des Fahrdienstes stets mitzuführen und dem Aufsichtspersonal des Auftraggebers oder der rnv jederzeit auf Verlangen vorzulegen. Bei Nicht-Mitführen des Ausweises ist der Auftraggeber bzw. die rnv berechtigt, den Fahrer mit sofortiger Wirkung vom Dienst auszuschließen. Der Verlust eines Ausweises ist unverzüglich vom Auftragnehmer gegenüber der rnv anzuzeigen.

- 3.5 Der Auftragnehmer ist nicht befugt, ohne vorherige, schriftliche Zustimmung des Auftraggebers andere als nach Ziffer 4.2 angezeigte Fahrpersonale einzusetzen.

- 3.6 Nach dem geltenden Tariftreuegesetz erklärt der Auftragnehmer, dass er seinen Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs ein Entgelt bezahlt, das insgesamt mindestens dem in Baden-Württemberg für diese Leistung in einem der einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifverträge vorgesehenen Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten, einschließlich der Aufwendungen für die Altersversorgung, entspricht (s. **Anlage 9**). Ein Verstoß gegen diese Verpflichtung stellt einen Grund zur außerordentlichen Kündigung dieses Vertrages dar.
- 3.7 Liegt ein wichtiger Grund vor, kann der Auftraggeber oder die rnv jederzeit verlangen, dass einzelne Fahrpersonale nicht mehr zur Erbringung von Fahrleistungen nach diesem Vertrag eingesetzt werden. Dies kann ausdrücklich auch während des laufenden Einsatzes verlangt werden.
- Als wichtiger Grund gelten insbesondere:
- schwere oder wiederholte Verstöße gegen die BOKraft
 - Verstöße gegen gesetzliche Bestimmungen sowie insbesondere ungebührliches Verhalten gegenüber den Fahrgästen
 - Häufung von Kundenbeschwerden den/die Fahrer/in betreffend
 - Wiederholte Pflichtverletzungen als früherer Beschäftigter des Auftraggebers oder der rnv oder eines anderen Unternehmens auch in anderen als diesem Vertragsverhältnis

4. Pflichten des Fahrpersonals

- 4.1 Zu den Pflichten des Fahrpersonals gehört die Beachtung aller Verkehrs- und Dienstvorschriften, sowie insbesondere
- die Einhaltung der Dienstanweisungen zur Nutzung von Gleistrassen und rnv-Anlagen,
 - die Einhaltung der vorgegebenen Abfahrtszeiten und der Fahrwege
 - der ausschließliche Halt an autorisierten Haltestellen,
 - die ordnungsgemäße Bedienung des RBLs gemäß Vorgabe des Auftraggebers bzw. der rnv
 - die Einhaltung des Rauchverbots im Fahrzeug,
 - die Einhaltung des Verbots zur Nutzung von Mobiltelefonen auch mit Headset oder Freisprecheinrichtung während der Fahrt,
 - die Einhaltung des Verbots zur Nutzung von privaten Musikwiedergabegeräten während der Fahrt,
 - die Bedienung der Fahrgäste gemäß den geltenden Tarif- und Beförderungsbedingungen einschließlich Verkauf von Fahrausweisen und der Fahrausweiskontrolle gem. Vorgabe,
 - die höfliche und zuvorkommende Behandlung der Fahrgäste,
 - die Führung von Fahrtberichten und -büchern nach Weisung des Auftraggebers oder der rnv. Sofern das Fahrpersonal über eine Fahrerkarte gemäß § 5 FPersV verfügt, hat es diese bei Fahrten für den Auftraggeber mitzuführen.
 - die unverzügliche Meldung besonderer Vorkommnisse, wie Unfälle, Betriebsstörungen und Beschwerden der Fahrgäste, an die Betriebszentrale der rnv.
 - Information der Fahrgäste insbesondere im Störfall

- 4.2 Das Fahrpersonal hat den Anweisungen des Auftraggebers oder seiner Bediensteten, insbesondere der rnv, mit verkehrslenkendem und sonstigem, die Betriebssicherheit betreffenden Inhalt, unverzüglich Folge zu leisten, soweit diese nicht gegen gesetzliche Bestimmungen oder polizeiliche Anordnungen verstoßen.
- 4.3 Wird vom Auftragnehmer keine zentrale Stelle für die Disposition der Fahrleistungen benannt, bzw. ist diese nicht dauerhaft besetzt, ist das Fahrpersonal verpflichtet, sich im Zeitraum der Nichtbesetzung mindestens 15 Minuten vor Beginn eines jeweiligen Umlaufes per Funk in der Betriebszentrale der rnv anzumelden.
- 4.4 Darüber hinaus sind folgende Qualitätsanforderungen vom Fahrpersonal grundsätzlich einzuhalten:

Äußeres Erscheinungsbild: gepflegtes Erscheinungsbild:

- saubere, einheitliche, Dienstkleidung bestehend aus
- Oberhemd oder Poloshirt sowie
- Jacke jeweils mit dem Firmenemblem bzw. -name
- Lange, dunkle Business-/Business-Casual-Hose (z.B. Stoffhose, Chino, Jeans; nicht erlaubt: Jogginghosen und vergleichbare Sport-/Freizeitkleidung) idealerweise in Dunkelblau/Anthrazit
- feste, geschlossene dunkle Schuhe,

Private Kleidungsstücke, die unter oder zur Dienstkleidung getragen werden, müssen in ordentlichem Zustand sein.

Persönliche Kompetenz: kundenorientiertes Verhalten, insbesondere Freundlichkeit

Fachliche Kompetenz: Kenntnis der Bedienung des Bordrechners.

5. Fahrzeuge

- 5.1 Zum Einsatz dürfen nur solche Fahrzeuge gelangen, die in der **Anlage 2** zu diesem Vertrag aufgeführt sind. Der Auftraggeber oder die rnv ist ferner berechtigt, betriebliche Beschilderungen und Aushänge kostenlos an den Fahrzeugen anzubringen oder durch den Auftragnehmer anbringen zu lassen.
- 5.2 Es dürfen nur Fahrzeuge zum Einsatz gelangen, die mind. EURO-VI-Norm genügen.
- 5.3 Erstmals zum Einsatz kommende Fahrzeuge sind dem Auftraggeber oder der rnv auf Verlangen vorzuführen.
- 5.4 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Fahrzeuge stets im verkehrs- und betriebssicheren sowie ordnungsgemäßen, sauberen und gepflegten Zustand zu halten. Der Auftragnehmer ist dafür verantwortlich, dass die nach der StVZO vorgeschriebenen Untersuchungen der Fahrzeuge fristgerecht durchgeführt werden. Er hat dem Auftraggeber oder der rnv auf sein Verlangen hin die Prüfbücher nach § 29 StVZO, Anlage VIII, zur Einsicht vorzulegen.

- 5.5 Unbeschadet der Verantwortlichkeit des Auftragnehmers für die vorgeschriebenen Untersuchungen sind der Auftraggeber und die rnv berechtigt, die Fahrzeuge jederzeit durch eigenes Personal oder Beauftragte überprüfen zu lassen. Die Prüfung umfasst den allgemeinen Zustand, den technischen Zustand und die Sauberkeit. Entspricht ein Fahrzeug nicht den Vertragsbestimmungen, kann der Auftraggeber oder die rnv verlangen, dass das Fahrzeug nicht mehr zur Erbringung von Betriebsleistungen nach diesem Vertrag eingesetzt werden darf. Das Recht des Auftraggebers zur fristlosen Kündigung nach Punkt 17 (Dauer und Auflösung des Vertrages) bleibt hiervon unberührt.
- 5.6 Die Qualitätskriterien, die ein Fahrzeug erfüllen muss, um es für Betriebsleistungen nach diesem Vertrag einzusetzen, bestimmen sich nach **Anlage 3** dieses Vertrages. Ausnahmen hiervon bedürfen der schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers.
- 5.7 Das Recht zur Fahrzeugwerbung steht ausschließlich dem Auftraggeber bzw. der rnv zu. Nur er ist berechtigt, über die Vermarktung und Aufbringung von Fahrzeugwerbung auf und in den Bussen des Auftragnehmers zu entscheiden. Der Auftraggeber wird dafür Sorge tragen, dass er keine Werbung für Konkurrenzunternehmen des Auftragnehmers genehmigt; Eigenwerbung des Auftraggebers/der rnv sowie Werbung für die Verkehrsverbund Rhein-Neckar GmbH ist hiervon ausgenommen.
- 5.8 Der Auftragnehmer hat die Fahrzeuge so abzustellen, dass sichergestellt ist, dass mind. alle 24 Stunden ein Datenaustausch über die Access-Points stattfinden kann. Diese (max. 2) Access-Points werden vom Auftraggeber bzw. rnv vor Betriebsaufnahme kostenfrei dem Auftragnehmer zur Verfügung gestellt und während der Laufzeit dieses Vertrages unterhalten und gewartet. Der Auftragnehmer hat für WLAN-Zugang zu sorgen. Es dürfen keine Fahrzeuge im öffentlichen Verkehrsraum abgestellt werden.

6. Ersatzgestellung

- 6.1 Der Auftragnehmer hat bei einem Ausfall von Fahrzeugen und Personal, gleich aus welchen Gründen, für sofortigen Ersatz zu sorgen. Es sind die Anforderungen an Fahrzeug und Personal gem. Punkt 4 und 5 sowie gem. **Anlage 3** einzuhalten.
- 6.2 Bei Ausfall von Fahrzeugen sowie Störungen größeren Umfangs (Unfälle, Behinderungen) während des fahrplanmäßigen Einsatzes ist der Auftraggeber und die rnv über die Betriebszentrale der rnv ohne schuldhaftes Zögern zu informieren. Nicht erbrachte Leistungen werden nicht vergütet.
- 6.3 Kann der Auftragnehmer kein geeignetes Fahrpersonal bzw. Fahrzeug stellen, so hat er dies dem Auftraggeber über die Betriebszentrale der rnv unverzüglich mitzuteilen. Erbringt der Auftraggeber in diesem Fall die Leistung selbst oder beauftragt er Dritte mit der Leistungsausführung, hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber die hierfür anfallenden Kosten mit einem Aufschlag von 20 Prozent pauschal zu erstatten.
- 6.4 Weitergehende Schadensersatzansprüche bleiben hiervon unberührt.

7. Dokumentation

- 7.1. Der Auftragnehmer führt eine Mitarbeiterliste, die dem Auftraggeber und der rnv monatlich aktualisiert unaufgefordert vorzulegen ist. Diese Liste enthält Angaben zum Namen, der Führerschein-Nr., der Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung sowie des Ausstellungsdatums und der ausstellenden Behörde. Diese Liste wird erstmals zu Vertragsbeginn vorgelegt. Darüber hinaus sind Wechsel im eingesetzten Personalbestand dem Auftraggeber und der rnv vor dem erstmaligem Einsatz / bei Beendigung der Tätigkeit, schriftlich mitzuteilen.
- 7.2. Dem Auftraggeber und der rnv ist bei Vertragsbeginn eine Fahrzeugliste gemäß **Anlage 2** unaufgefordert vorzulegen, die für jedes zum Einsatz kommende Fahrzeug die dargestellten Angaben enthält. Daneben sind für jedes eingesetzte Fahrzeug vorzulegen:
- Kopie des Kfz-Scheines
 - Kopie des Prüfbuches
 - Kopie des Versicherungsnachweises

Für während der Vertragslaufzeit neu eingesetzte Fahrzeuge sind diese Angaben bzw. Dokumente spätestens 2 Wochen vor dem jeweiligen Ersteinsatz unaufgefordert vorzulegen und die Liste gemäß Anlage 2 entsprechend zu aktualisieren.

8. Fahrausweise und Abrechnung

- 8.1 Fahrgäste dürfen nur zu den für die rnv jeweils gültigen Tarif- und Beförderungsbedingungen des Verkehrsverbundes Rhein-Neckar (VRN) befördert werden. Es dürfen nur die tariflich vorgesehenen Fahrausweise des VRN nach Vorgabe des Auftraggebers oder der rnv ausgegeben werden.
- 8.2 Tarifänderungen werden vom Auftraggeber oder der rnv vorgenommen.
- 8.3 Alle eingesetzten Fahrzeuge verfügen über einen Fahrscheinentwerfer im Eingangsbereich einer jeden Tür und sind mit elektronischen, vom Fahrer zu bedienenden Verkaufseinrichtungen (Fahrscheindrucker) ausgestattet. Die rnv stellt Fahrscheindrucker, Entwerfer und Fahrscheinrollen zur Verfügung.
- Jeder Fahrer ist verpflichtet, Fahrausweise zu verkaufen. Er hat dafür Sorge zu tragen, dass ein ausreichender Bestand an Fahrscheinrollen zur Verfügung steht, so dass jederzeit der Verkauf von Fahrscheinen gewährleistet ist. Näheres ist in **Anlage 3** geregelt.
- Der Verkauf erfolgt ausnahmslos bargeldlos.

9. Umfang der Leistungen

- 9.1 Für die in der **Anlage 1** beschriebene Fahrleistung ist der dem Auftragnehmer ausgehändigte Fahrplan maßgebend. Die Pausenfähigkeit der Dienste hat der Auftragnehmer selbst zu regeln. Die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen obliegt dem Auftragnehmer und muss entsprechend berücksichtigt werden.

- 9.2 Der Nachweis über die monatlich erbrachte Fahrleistung ist bis spätestens am 3. Tage des Folgemonats bei dem Auftraggeber vorzulegen. Zum Nachweis kann der Auftraggeber die Vorlage der Fahrtschreiber-Schaubblätter (oder Kopien der Ausdrücke von digitalen Kontrollgeräten) verlangen.
- 9.3 Für das Feststellen der Fahrleistungen sind die Einsatzstunden nach gültigem Fahrplan minutengenau maßgeblich. Bei zusätzlichen Fahrten errechnen sich die geleisteten Einsatzstunden auf Grundlage der für den Fahrplan maßgeblichen Fahrzeitprofile.
- 9.4 Ein- und Ausrückfahrten werden bei der Ermittlung des Umfangs der Leistungen nicht berücksichtigt.

10. Vergütung

- 10.1 Als Vergütung für den in **Anlage 1** aufgeführten Leistungsumfang wird eine Tagespauschale gemäß **Anlage 1** zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer vereinbart.
Die Kalkulation hat auf Preisstand 2025 zu erfolgen. Eine Dynamisierung (s. §11) erfolgt erstmals für das Jahr 2027.
- 10.2 Der Auftraggeber behält sich vor, den Leistungsumfang jederzeit und insbesondere bei jedem Fahrplanwechsel anzupassen. Bei Anpassungen von mehr als +/- 10 Minuten wird die Vergütung gem. variablen Stundensatz angepasst, die von der Tagespauschale abgezogen bzw. dazu addiert wird.
- 10.3 Der Auftraggeber rechnet nach einem Gutschriftverfahren ab. Spätestens am 12. Arbeitstag des Folgemonats erstellt V-Bus eine Gutschrift über die erbrachte Verkehrsleistung abzüglich evtl. Vertragsstrafen.
Der Auftragnehmer darf Vorauszahlungen in Höhe von 70 % der zu erwartenden Monatsvergütung zum letzten Arbeitstag eines Monats verlangen.
- 10.4 Der Anspruch auf Vergütung entfällt, wenn eine Leistung aus Gründen, die der Auftragnehmer zu vertreten hat oder aufgrund höherer Gewalt nicht erbracht wird.
- 10.5 Mit dieser Vergütung sind sämtliche sachlichen und personellen Aufwendungen des Auftragnehmers abgegolten.

11. Abänderungsklausel

Die Vergütungssätze nach Abs. 11.1 werden ab dem Kalenderjahr 2027 nach dem Baden-Württemberg-Index ÖPNV Straße fortgeschrieben.

Der Index wird jährlich erstellt und bildet die Veränderung zum Vorjahr ab. Die Fortschreibung erfolgt zum 01.01. für das abgelaufene Kalenderjahr.

Die Fortschreibung erfolgt nach folgender Formel:

$$F = P * 0,54 + K * 0,10 + I * 0,13 + E * 0,18 + S * 0,05$$

- P Personalaufwand: Die Fortschreibung erfolgt entsprechend der prozentualen Veränderung der Fahrpersonalkosten auf der Basis des Lohn- und Manteltarifvertrags des privaten Omnibusgewerbes in Baden-Württemberg.
- K Kapitalkosten: Die Fortschreibung erfolgt entsprechend der prozentualen Veränderung der Preise für schwere Kraftfahrzeuge (Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte) nach den Daten des Statistischen Bundesamtes.
- I Instandhaltung: Die Fortschreibung erfolgt entsprechend der prozentualen Veränderung der Preise für Teile und Zubehör für Kraftwagen (Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte) nach den Daten des Statistischen Bundesamtes.
- E Energie: Die Fortschreibung erfolgt entsprechend der prozentualen Veränderung des Preises für Energie (Energiepreisindex) nach den Daten des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg. Hierbei wird die Fortschreibung beim Strom angewandt.
- S Sonstige Kostensätze: Die Fortschreibung erfolgt entsprechend der prozentualen Veränderung der Verbraucherpreise (Verbraucherpreisindex) nach den Daten des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg.

Nähere Informationen sind unter www.wbo.de/veroeffentlichungen abrufbar.

Die Fortschreibung wird erstmals für das Jahr 2027 angepasst. Hierbei wird auf das Jahr 2025 referenziert.

12. Haftung

- 12.1 Der Beförderungsvertrag kommt zwischen dem Fahrgast und dem Konzessionsinhaber, also der rnv zustande. Die Geltendmachung von Ansprüchen gegen den Fahrgast aus dem erhöhten Beförderungsentgelt (EBE) obliegt alleine der rnv als Konzessionsinhaberin.
- 12.2 Fahrzeughalter im Sinne des Straßenverkehrsgesetzes ist der Auftragnehmer. Er stellt den Auftraggeber und die rnv auf erstes Anfordern von allen Ansprüchen frei, die von Fahrgästen oder Dritten aufgrund des Straßenverkehrsgesetzes oder sonstiger gesetzlicher Bestimmungen sowie des Beförderungsvertrages erhoben werden.
- 12.3 Erheben im Zusammenhang mit den übernommenen Leistungen Fahrgäste oder sonstige Personen (Dritte) Schadenersatzansprüche gegen den Auftraggeber oder die rnv, haben diese den Auftragnehmer unverzüglich zu unterrichten. In der Regel wird der Anspruchsteller an den Auftragnehmer verwiesen. Regelt der Auftraggeber oder die rnv im Einzelfall einen Schaden unmittelbar oder besteht der Geschädigte auf Regulierung durch den Auftraggeber oder die rnv, tritt der Auftragnehmer seinen Versicherungsanspruch an den Auftraggeber oder die rnv ab. Unbeschadet des Versicherungsschutzes kann der Auftraggeber oder die rnv gegen

den Auftragnehmer nach den Regelungen dieses Vertrages oder den gesetzlichen Bestimmungen Rückgriff nehmen.

- 12.4 Die Haftung der rnv ist im Falle einfacher Fahrlässigkeit bei der Verletzung nicht wesentlicher Vertragspflichten sowie bei grober Fahrlässigkeit ausgeschlossen und im Falle der Fahrlässigkeit im Übrigen auf den vorhersehbaren und vertragstypischen Schaden beschränkt. Wesentliche Vertragspflichten sind solche, ohne deren Erfüllung der Zweck des Vertrages gefährdet ist bzw. auf deren Einhaltung der Vertragspartner vertrauen darf. Dies gilt jedoch nicht im Falle der Verletzung von Leben, Leib und Gesundheit sowie im Falle der Verletzung einer Garantie und der Haftung nach dem ProdHaftG.

13. Versicherung und Zulassung

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, als Halter der in **Anlage 2** aufgeführten Kraftfahrzeuge für sich und sein Fahrpersonal nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen eine Haftpflichtversicherung abzuschließen und den Versicherungsschutz aufrechtzuerhalten. Omnibusse müssen für den Linienverkehr zugelassen und haftpflichtversichert sein.

Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber und die rnv unverzüglich benachrichtigen, wenn ihm eine Zahlungsfrist nach § 39 Versicherungsvertragsgesetz (VVG) gestellt oder wenn das Versicherungsverhältnis ganz oder teilweise gekündigt oder vorzeitig beendet wird. Der Auftragnehmer ermächtigt den Versicherer, dem Auftraggeber oder rnv die Mitteilung nach § 39 VVG zukommen zu lassen.

Der Auftragnehmer legt dem Auftraggeber und der rnv

- den Versicherungsschein mit den allgemeinen und etwaigen besonderen Versicherungsbedingungen sowie
- eine Erklärung des Versicherers nach dem Muster der Anlage 4 über den Versicherungsschutz der nach Ziffer 5.2 zum Einsatz gelangenden Kraftfahrzeuge einschließlich der Ersatzfahrzeuge unmittelbar vor Einsatz des jeweiligen Fahrzeugs vor.

Er weist die Zulassung der Fahrzeuge für den Linienverkehr vor Einsatz jeweils nach.

14. Schadensregulierung

Besteht ausnahmsweise kein oder kein ausreichender Versicherungsschutz, ist der Auftraggeber berechtigt, mit Wirkung gegen den Auftragnehmer Ersatzansprüche Dritter zu regulieren, wenn der Anspruch dem Auftraggeber rechtlich begründet erscheint. Für diesen Fall wird er vor wichtigen Entscheidungen insbesondere darüber, ob er entschädigt, ablehnen oder vergleichen will, dem Auftragnehmer Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Erklärt der Auftragnehmer, dass er für die Folgen seiner Stellungnahme aufkommt, so ist der Auftraggeber an dessen Entscheidung gebunden. Gibt der Auftragnehmer diese Erklärung nicht ab, so ist er an die Schadensbehandlung durch den Auftraggeber gebunden. Für diesen Fall hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber neben den Aufwendungen auch Prozess- und Vergleichskosten zu ersetzen.

15. Vertragsstrafe

Verstößt der Auftragnehmer gegen Bestimmungen dieses Vertrages oder gegen Anordnungen des Auftraggebers oder der rnv, wird für jeden Einzelfall eine Vertragsstrafe nach dem in **Anlage 5** dargestellten Katalog vereinbart.

Die Höhe der Vertragsstrafen nach diesem Vertrag ist kalenderjährlich auf insgesamt 5% des jährlichen Vergütungsanspruches des Auftragnehmers nach § 10 dieses Vertrages begrenzt.

Weitergehende Schadenersatzforderungen bleiben von dieser Vertragsstrafenregelung unberührt.

16. Forderungsabtretung

Der Auftragnehmer ist zur Abtretung seiner gegen den Auftraggeber oder die rnv gerichteten vertraglichen Forderungen nur mit vorheriger Zustimmung des Auftraggebers berechtigt.

17. Dauer und Auflösung des Vertrages

17.1 Der Vertrag tritt am 01.01.2027 in Kraft und wird für 8 Jahre bis zum 31.12.2034 abgeschlossen.

Dem Auftraggeber steht ein jederzeitiges einseitiges Sonderkündigungsrecht zu, welches den Vertrag mit einer Frist von 12 Monaten, frühestens jedoch zum 31.12.2031 jederzeit beendet. Im Falle der Ausübung des Sonderkündigungsrechts durch den Auftraggeber, stehen dem Auftragnehmer keine Leistungen aus dem Vertrag mehr zu. Der Auftraggeber verpflichtet sich in diesem Fall jedoch, die für die Vertragsleistung durch den Auftragnehmer angeschafften Fahrzeuge entsprechend der gemeinsam festgelegten Restnutzungsdauer (Anlage) zum vereinbarten Restwert zu übernehmen.

17.2 Dieser Vertrag kann von beiden Seiten bei Vorliegen eines wichtigen Grundes fristlos gekündigt werden.

Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn

- ein ordnungsgemäßer Betrieb nicht gewährleistet wird,
- wenn dem Auftragnehmer die ihm nach dem PBefG erteilte Genehmigung entzogen wird,
- der Auftragnehmer grob oder wiederholt schuldhaft trotz schriftlicher Abmahnung gegen die Bestimmungen dieses Vertrages verstößt,
- der Auftragnehmer Pflichten verletzt, deren Verletzung nach den Bestimmungen des PBefG zur Entziehung der Genehmigung führen kann,
- der Verkehr, zu dessen Bedienung der Vertrag geschlossen wurde, eingestellt oder eingeschränkt wird,
- der Auftraggeber wiederholt trotz schriftlicher Mahnungen nicht die vertragsgerechte Vergütung zahlt,

- über das Vermögen des jeweils anderen Vertragspartners das Insolvenzverfahren eröffnet wird oder
- der Auftragnehmer wiederholt nicht gemeldetes Fahrpersonal einsetzt oder Fahrpersonal einsetzt, für das keine Zustimmung nach Ziffer 3.1, 3.2 und 3.5 dieses Vertrages vorliegt.
- grobe Verstöße gegen Bestimmungen dieses Vertrages oder der in diesem Vertrag als verbindlich vereinbarten Vorschriften, v.a. Punkt 3.6 betreffend vorliegen.
- sich durch Verkauf des Unternehmens oder von Teilen des Unternehmens des Auftragnehmers die Beteiligungsstruktur nicht nur unerheblich verändert.

17.3 Die Kündigung bedarf der Schriftform.

18. Schlussbestimmungen

18.1 Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag sind nur nach schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers übertragbar. Insbesondere ist es dem Auftragnehmer untersagt, sich zur Erfüllung seiner vertraglich geschuldeten Pflichten ohne vorherige Zustimmung des Auftraggebers Dritter zu bedienen.

18.2 Jede Änderung oder Ergänzung des Vertrages oder seiner Anlagen bedarf der Schriftform. Die Änderung oder der Verzicht auf diese Schriftformklausel bedarf ebenfalls der Schriftform. Nebenabreden zu diesem Vertrag sind nicht getroffen und bedürfen im Übrigen der Schriftform.

18.3 Änderungen der Postanschrift sind dem anderen Vertragspartner unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

18.4. Sollten eine oder mehrere der Bestimmungen dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Die Parteien verpflichten sich in diesem Fall, den beabsichtigten Zweck durch Vereinbarung einer Ersatzbestimmung anzustreben.

19. Gerichtsstand

Gerichtsstand ist, soweit gesetzlich zulässig, der Sitz der rnv, und somit Mannheim.

20. Vertragsausfertigungen

Von diesem Vertrag erhält jede Partei eine Ausfertigung.

XXX, den

Lampertheim, den

Auftragnehmer

V-Bus GmbH

Anlage 1 - Verkehrsleistung:

| Montag – Freitag an Schultagen | | | | | | | |
|---------------------------------------|---------------|-------------|--------------|----------------------------|----------------------------|----------------------------|-----------------------|
| Umlauf | Beginn | Ende | Dauer | Linie vorrangig | Dienstbeginn | Dienstende | Tagespauschale |
| GLB1 | 04:42 | 14:36 | 9,90 | 34 | Wilhelmsfeld Autohalle | Wilhelmsfeld Autohalle | |
| GLB2 | 04:45 | 07:53 | 3,13 | 34 | Heiligkreuzsteinach Schule | Sportzentrum Nord | |
| GLB3 | 04:55 | 13:51 | 8,93 | 34 | Wilhelmsfeld Autohalle | Heiligkreuzsteinach Schule | |
| GLB4 | 05:45 | 14:22 | 8,62 | 34 | Heiligkreuzsteinach Schule | Wilhelmsfeld Autohalle | |
| GLB5 | 05:44 | 11:35 | 5,85 | 34 | Dell | Heidebuckelweg | |
| GLB6 | 06:15 | 15:11 | 8,93 | 34 | Wilhelmsfeld Autohalle | Heiligkreuzsteinach Schule | |
| GLB7 | 07:06 | 16:52 | 9,77 | 34 | Hauptbahnhof Süd | Wilhelmsfeld Autohalle | |
| GLB8 | 12:01 | 20:16 | 8,25 | 34 | Wendestelle Hbw | Hauptbahnhof Süd | |
| GLB9 | 13:05 | 20:15 | 7,17 | 34 | Heiligkreuzsteinach Schule | Wilhelmsfeld Autohalle | |
| GLB10 | 14:42 | 24:07 | 9,42 | 34 | Wilhelmsfeld Autohalle | Heiligkreuzsteinach Schule | |
| GLB11 | 15:05 | 24:21 | 9,27 | 34 | Heiligkreuzsteinach Schule | Wilhelmsfeld Autohalle | |
| GLB12 | 15:06 | 22:21 | 7,25 | 34 | Hauptbahnhof Süd | HD-Hauptbahnhof | |
| GLB13 | 15:42 | 24:51 | 9,15 | 34 | Wilhelmsfeld Autohalle | Wilhelmsfeld Autohalle | |
| GLB14 | 16:05 | 20:35 | 4,50 | 34 | Heiligkreuzsteinach Schule | Wilhelmsfeld Autohalle | |

| Montag – Freitag an Ferien | | | | | | | |
|-----------------------------------|---------------|-------------|--------------|----------------------------|----------------------------|----------------------------|-----------------------|
| Umlauf | Beginn | Ende | Dauer | Linie vorrangig | Dienstbeginn | Dienstende | Tagespauschale |
| GLB1 | 04:42 | 12:56 | 8,23 | 34 | Wilhelmsfeld Autohalle | Hauptbahnhof Süd | |
| GLB2 | 04:45 | 12:15 | 7,50 | 34 | Heiligkreuzsteinach Schule | Heidebuckelweg | |
| GLB3 | 04:55 | 13:51 | 8,93 | 34 | Wilhelmsfeld Autohalle | Heiligkreuzsteinach Schule | |
| GLB4 | 05:32 | 16:11 | 10,65 | 34 | Wilhelmsfeld Autohalle | Heiligkreuzsteinach Schule | |

| | | | | | | | |
|-------|-------|-------|-------|----|----------------------------|----------------------------|--|
| GLB5 | 05:45 | 15:35 | 9,83 | 34 | Wilhelmsfeld Autohalle | Heiligkreuzsteinach Schule | |
| GLB6 | 05:44 | 14:35 | 8,85 | 34 | Dell | Heidebuckelweg | |
| GLB7 | 05:50 | 07:48 | 1,97 | 34 | Wilhelmsfeld Autohalle | HD-Hauptbahnhof | |
| GLB8 | 09:41 | 20:16 | 10,58 | 34 | Wilhelmsfeld Autohalle | Heiligkreuzsteinach Schule | |
| GLB9 | 13:05 | 20:15 | 7,17 | 34 | Heiligkreuzsteinach Schule | Wilhelmsfeld Autohalle | |
| GLB10 | 14:42 | 24:07 | 9,42 | 34 | Wilhelmsfeld Autohalle | Heiligkreuzsteinach Schule | |
| GLB11 | 15:05 | 24:21 | 9,27 | 34 | Heiligkreuzsteinach Schule | Wilhelmsfeld Autohalle | |
| GLB12 | 15:06 | 22:21 | 7,25 | 34 | Hauptbahnhof Süd | HD-Hauptbahnhof | |
| GLB13 | 15:42 | 24:51 | 9,15 | 34 | Wilhelmsfeld Autohalle | Wilhelmsfeld Autohalle | |
| GLB14 | 16:05 | 20:35 | 4,50 | 34 | Heiligkreuzsteinach Schule | Wilhelmsfeld Autohalle | |
| GLB15 | 9:41 | 20:16 | 10,58 | 34 | Wendestelle Hbw | Hauptbahnhof Süd | |

Variabler Stundensatz für Mehr- und Minderleistung:

| Samstag | | | | | | | |
|---------|--------|-------|-------|--------------------|----------------------------|----------------------------|----------------|
| Umlauf | Beginn | Ende | Dauer | Linie vorrangig | Dienstbeginn | Dienstende | Tagespauschale |
| GLB1 | 05:12 | 14:36 | 9,40 | 34 | Wilhelmsfeld Autohalle | Hauptbahnhof Süd | |
| GLB2 | 05:52 | 16:11 | 10,32 | 34 | Wilhelmsfeld Autohalle | Heiligkreuzsteinach Schule | |
| GLB3 | 06:05 | 15:11 | 9,10 | 34 | Heiligkreuzsteinach Schule | Heiligkreuzsteinach Schule | |
| GLB4 | 07:52 | 19:11 | 11,32 | 34 | Wilhelmsfeld Autohalle | Heiligkreuzsteinach Schule | |
| GLB5 | 07:54 | 19:16 | 11,37 | 34 | HD-Hauptbahnhof | Hauptbahnhof Süd | |
| GLB6 | 08:42 | 19:51 | 11,15 | 34 | Wilhelmsfeld Autohalle | Heiligkreuzsteinach Schule | |
| GLB7 | 09:42 | 21:21 | 11,65 | 34 | Wilhelmsfeld Autohalle | Wilhelmsfeld Autohalle | |
| GLB8 | 11:06 | 21:21 | 10,25 | 34 | Hauptbahnhof Süd | HD-Hauptbahnhof | |

| | | | | | | | |
|-------|-------|-------|-------|----|----------------------------|----------------------------|--|
| GLB9 | 14:05 | 24:07 | 10,03 | 34 | Heiligkreuzsteinach Schule | Heiligkreuzsteinach Schule | |
| GLB10 | 16:05 | 25:23 | 9,30 | 34 | Heiligkreuzsteinach Schule | Heiligkreuzsteinach Schule | |
| GLB11 | 18:41 | 24:21 | 5,67 | 34 | Wendestelle Hbw | Wilhelmsfeld Autohalle | |

Variabler Stundensatz für Mehr- und Minderleistung:

| Sonn- und Feiertage | | | | | | | |
|---------------------|--------|-------|-------|--------------------|----------------------------|----------------------------|----------------|
| Umlauf | Beginn | Ende | Dauer | Linie vorrangig | Dienstbeginn | Dienstende | Tagespauschale |
| GLB1 | 06:52 | 12:51 | 5,98 | 34 | Wilhelmsfeld Autohalle | Wilhelmsfeld Autohalle | |
| GLB2 | 07:22 | 14:21 | 6,98 | 34 | Wilhelmsfeld Autohalle | Heidebuckelweg | |
| GLB3 | 08:05 | 16:07 | 8,03 | 34 | Heiligkreuzsteinach Schule | Heiligkreuzsteinach Schule | |
| GLB4 | 08:54 | 11:21 | 2,45 | 34 | HD-Hauptbahnhof | HD-Hauptbahnhof | |
| GLB5 | 13:22 | 24:07 | 10,75 | 34 | Wilhelmsfeld Autohalle | Heiligkreuzsteinach Schule | |
| GLB6 | 13:52 | 24:21 | 10,48 | 34 | Wendestelle Hbw | Wilhelmsfeld Autohalle | |
| GLB7 | 16:05 | 24:51 | 8,77 | 34 | Heiligkreuzsteinach Schule | Wilhelmsfeld Autohalle | |
| GLB8 | 16:24 | 21:52 | 5,47 | 34 | HD-Hauptbahnhof | HD-Hauptbahnhof | |

Variabler Stundensatz für Mehr- und Minderleistung:

Anlage 2

Verzeichnis der im Rahmen des Vertrages vom ... vom Auftragnehmer zu stellenden und zum Einsatz kommenden Fahrzeuge

| lfd. Nr. | Fahrzeughersteller | Typ und Ausführung | Kfz-Kennzeichen | Tag der 1. Zulassung | | Sitzplätze | Stehplätze |
|----------|--------------------|--------------------|-----------------|----------------------|--|------------|------------|
| | | | | | | | |
| | | | | | | | |
| | | | | | | | |
| | | | | | | | |
| | | | | | | | |
| | | | | | | | |
| | | | | | | | |
| | | | | | | | |
| | | | | | | | |
| | | | | | | | |
| | | | | | | | |
| | | | | | | | |
| | | | | | | | |
| | | | | | | | |
| | | | | | | | |

Anlage 2 ist erst bei Vertragsbeginn auszufüllen.

Anlage 3: Anforderungen an die einzusetzenden Fahrzeuge

Fahrzeugantrieb:

Die Fahrzeuge müssen mit Dieseltechnik der neuesten Technologie betrieben werden.

Fahrzeuggröße

- Gelenkbus Kapazität von mind. 130 Fahrgästen, davon mind. 43 Fahrgastsitzplätze, 18 m (+-0,5 m) Länge und 2,50 – 2,55 m Breite
- Klappsitze sind erlaubt und zählen als Fahrgastsitzplatz
- Darüber hinaus bestehen keine Vorschriften für die Anordnung der Bestuhlung.
- Es sind 3 doppelflügige Türen mit ~1,25 m Durchgangsbreite vorhanden.

Fahrzeugalter:

Alle Fahrzeuge dürfen während der Einsatzzeit nicht älter als 8 Jahre (jahrgenau) gem. Erstzulassung sein. Beim Einsatz ausschließlich neuer Fahrzeuge dürfen diese bis zum Vertragsende eingesetzt werden.

Ausstattung der Fahrzeuge

1. Die Fahrzeuge müssen einen Niederfluranteil aufweisen und allen die Fahrgastbeförderung betreffenden Punkten den gültigen Typenempfehlungen des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) und den gesetzlich verbindlichen Anforderungen hinsichtlich der Barrierefreiheit entsprechen. Insbesondere eine manuell oder automatisch zu bedienende Rampe (Tragkraft 350 kg) muss vorhanden sein.
2. Die Fahrzeuge müssen über zwei geeignete Plätze (Sondernutzungsfläche) für die Abstellung von Kinderwagen bzw. Rollstühlen/E-Scootern gemäß der gültigen EU-Busrichtlinie verfügen. In den Sondernutzungsflächen sind Befestigungsmöglichkeiten für Rollstühle, Kinderwagen oder Ähnlichem (z.B. Gurte, Rückenstütze, beidseitige Sicherung) vorzusehen. Die Mitnahme von E-Scootern ist nur dann verpflichtend, insofern das eingesetzte Fahrzeug über eine Zulassung für die Mitnahme von E-Scootern verfügt.
3. Jedes Fahrzeug muss über ein einheitliches Design verfügen.
4. Im Fahrzeug sind Haltewunschtaster an mindestens jeder zweiten senkrechten Haltestange vorzusehen. Alle Bedienelemente müssen taktil erfassbar sein, zur Umgebung normgerecht kontrastieren und in einer Höhe von 85 cm angebracht sein.
5. Der Fahrer muss über ein Bordmikrofon im Wageninnern Ansagen machen können. Die Kontaktaufnahme mit Fahrgästen außerhalb des Fahrzeugs muss sichergestellt sein. Hierzu ist ggf. ein Außenlautsprecher vorzusehen.
6. Die Fahrzeuge verfügen ausnahmslos über Innenschwenktüren, so dass auch Stadtbahn-/Straßenhaltestellen mit einer Haltestellenhöhe von 30 cm angefahren werden können.

Zustand der Fahrzeuge

1. Das Erscheinungsbild der Fahrzeuge entspricht den gestalterischen Richtlinien der rnv zum rnv-eigenen Corporate Design (CD s. Anlage 7).
2. Die Fahrzeuge müssen funktionierende Klimaanlage für Fahrgastraum gemäß VDV-Rahmenempfehlungen besitzen.

Die Fahrzeuge müssen eine Fläche für die Anbringung des Liniennetzplanes für das Stadtgebiet Heidelberg aufweisen. Der Liniennetzplan wird von rnv gestellt.

Sauberkeit der Fahrzeuge

1. Zum täglichen Dienstbeginn haben die Fahrzeuge innen und außen sauber zu sein. Klebrige oder abfärbende Rückstände sowie entfernbare Schmierereien des Vortags sind bis spätestens Betriebsbeginn des Folgetags zu entfernen.
2. Das Fahrzeug hat gut gelüftet zu sein. Die Sitze müssen trocken sein.
3. Starke Verunreinigungen im Fahrgastraum (z.B. Erbrochenes) und Quellen unangenehmer Gerüche sind unverzüglich, spätestens bei der nächsten Wendepause vor der Weiterfahrt, ggfs. bereits durch das Fahrpersonal zu entfernen.
4. Grobschmutz wie herumliegende Getränkedosen und Zeitungen sind bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit, spätestens bei der nächsten Wendepause > 5 Minuten durch das Fahrpersonal zu entfernen.
5. Die Fahrzeuge müssen innen und außen schadensfrei sein. Etwaige Unfallschäden an Karosserie und Lack sind binnen zwei Wochen zu beseitigen. Vandalismusschäden sowie sonstige Schäden im Fahrgastinnenraum sind binnen 7 Tage zu entfernen.

Technische Ausrüstung

Die Fahrzeuge müssen über folgende technische Ausrüstungen verfügen:

1. Elektronische Haltestellenausruflanlage und eine vollautomatische Haltestelleninnenanzeige (Größe 8 x 112).
2. Elektronische Fahrzielanzeige mit nachfolgenden Anforderungen:
 - Rasterung (beleuchtete zweizeilige Anzeige)
 - Buganzeige 19 x 160
 - Seitenanzeige rechts 19 x 32 (Linie) und 19 x 120 (Strecke) bzw. 1 Anzeige 19 x 160
 - Heck 19 x 32
 - Anzeiger müssen nach VDV 300 DS 3a klartexttauglich sein.
 - Anzeiger müssen nach VDV 300 DS 1 Linienkennungen und die in der RNV-Linienersatzliste definierten Linienersatzkennungen darstellen können.
 - Anzeiger müssen nach VDV 300 DS 1a die in der RNV-Liniensonderzeichenliste definierten Liniensonderzeichen darstellen können. (Anlage)
 - Bei Neufahrzeugen gilt die VDV 301 statt VDV 300.
 - Änderungen der oben genannten Listen werden rechtzeitig durch die rnv oder den AG kommuniziert und sind durch den AN zeitnah oder nach einer separat zu regelnden terminlichen Vereinbarung umzusetzen.
 - Programmierung über Download-Schnittstelle oder memory-Card zentral
 - Die Anzeigen müssen gut erkennbar und kontrastreich sein, d.h. spiegelfrei und unter allen Einsatzbedingungen gut lesbare Ausführung, vorzugsweise in LED-Technik
3. Technische Geräte, die die rnv kostenlos zur Verfügung stellt. Näheres ist im beigefügten Miet- und Wartungsvertrag (s. Anlage 6) geregelt. Ausstattung aller Fahrzeuge durch den Auftragnehmer mit Videoanlagen zur vollständigen Überwachung des Fahrzeuginnenraums und der Ein- und Ausstiegsbereiche mit Aufzeichnungsgeräten in Form von Wechselfestplatten oder vergleichbarer Technik. Entsprechende Hinweise auf die Überwachung per Videokamera sind in jedem Fahrzeug anzubringen.

Zudem erfolgt eine kostenfreie Ausstattung von maximal zwei Betriebshöfen oder Abstellplätzen des Auftragnehmers mit je einem WLAN-Accesspoint durch die rnv. Die WLAN-Verfügbarkeit ist vom Auftragnehmer sicher zu stellen und zu tragen.

Fahrausweise, Abrechnung und Verkaufseinrichtungen

1. Alle Fahrzeuge sind mit elektronischen, vom Fahrer zu bedienenden Verkaufseinrichtungen (Fahrscheindrucker) auszustatten. Der Fahrscheindrucker und die Entwerter werden von der rnv gem. Miet- und Wartungsvertrag für technische Geräte (s. Anlage 6) zur Verfügung gestellt. **Der Fahrausweisverkauf erfolgt bargeldlos.**
2. rnv stellt je gemeldeten Fahrer eine Fahrerverkaufskarte zur Verfügung. Diese dient zur Identifizierung des Fahrers am Fahrscheindrucker. Die Verkäufe werden einnahmемäßig auf der Fahrerverkaufskarte gespeichert. Sämtliche Daten der Verkaufsvorgänge werden online an die rnv übertragen.
3. Der Fahrausweisverkauf hat ausschließlich über den Fahrscheindrucker zu erfolgen. Die rnv legt fest, welche Fahrscheine über den Fahrscheindrucker in den Fahrzeugen zu verkaufen sind.
4. Die Ausgabe von Fahrscheinrollen erfolgt durch rnv-Vertrieb ausschließlich an autorisierte Mitarbeiter des Auftragnehmers. Der Auftragnehmer hat dafür Sorge zu tragen, dass immer ausreichend Fahrscheinrollen auf den Fahrzeugen sind. Der Bedarf an Fahrscheinrollen ist schriftlich (auch per E-Mail) und rechtzeitig dem rnv-Bereich Vertrieb zu melden. Der Auftragnehmer ist nicht berechtigt, Fahrscheinrollen über andere Bereiche der rnv zu beziehen.
5. Für die Restrollenentsorgung ist der Auftragnehmer verantwortlich. Die rnv erhält diesbezüglich eine schriftliche Dokumentation, welche unaufgefordert quartalsweise an den Bereich Vertrieb zu übergeben ist. Hierbei ist darzulegen, dass die Entsorgung der Restrollen nicht über öffentliche Müllcontainer bzw. Wertstoffsammlungen durchgeführt wurde. Weiterhin ist die Anzahl der entsorgten Restrollen anzugeben und die Richtigkeit der gemachten Angaben zu bestätigen.
6. Bei nicht selbst behebbaren Störungen im Fahrscheindruckerbetrieb hat sich der Auftragnehmer unverzüglich an die rnv zu wenden.
7. Auf Veranlassung der rnv kann die Verkaufstechnologie erneuert werden. Die rnv trägt die Kosten der Erneuerung.

Die rnv schließt mit dem Auftragnehmer einen Miet- und Wartungsvertrag (s. Anlage 6) über die notwendigen technischen Geräte in den Fahrzeugen bzw. auf dem Betriebshof ab.

Anlage 4

Erklärung

Wir haben aufgrund des zwischen dem Versicherungsnehmer
..... und der (Name des Auftraggebers), bestehenden Vertrages davon Kenntnis
genommen, dass mit dem(n) Fahrzeug(en) Type amtliches Kennzeichen
..... Fahrten im Omnibusverkehr im Auftrag der (Name des Auftraggebers) ausgeführt
werden.

1. Wir bestätigen, dass der Versicherungsschutz auch für diese Fahrten nach Maßgabe des
Versicherungsvertragsgesetzes (VVG) des Pflichtversicherungsgesetzes (PflVG) und der
Allgemeinen Bedingungen für die Kraftfahrversicherung (AKB) gewährt wird.
2. Es gilt noch als besonders vereinbart:
 - 2.1 Werden Ansprüche von Fahrgästen oder Dritten aus dem Beförderungsverhältnis aufgrund
der Allgemeinen Beförderungsbedingungen für den ... -Verkehr, des StVG, des BGB oder
sonstiger gesetzlicher Bestimmungen gegen die ... erhoben, so verweist diese die
Anspruchsteller an den Versicherungsnehmer. Erhebt der Anspruchsteller gegen diese
Verweisung Einspruch, so ist die ... berechtigt, an den Anspruchserhebenden
Vorschusszahlungen zu leisten unter gleichzeitiger Benachrichtigung des in Betracht
kommenden Versicherungsunternehmens. Die endgültige Abfindung des Anspruchstellers
darf von der... nur im Einverständnis mit dem in Betracht kommenden
Versicherungsunternehmen vorgenommen werden.
 - 2.2 Das Versicherungsunternehmen ist damit einverstanden, dass die Versicherungsansprüche
gemäß § 3 Abs. 4 AKB auch vor ihrer endgültigen Feststellung als an die ...⁶ abgetreten
gelten.
 - 2.3 Im geschäftlichen Auftrag mitfahrende Mitarbeiter der ... (z. B. Schaffner oder
Kontrollpersonal) gelten als mitversichert.
 - 2.4 Das Versicherungsunternehmen erkennt ausdrücklich an, dass der Versicherungsschutz auch
dann sichergestellt ist, wenn gesellschaftseigene Fahrer eingesetzt werden.
 - 2.5 Das Versicherungsunternehmen erklärt sich bereit, die ..., die den Versicherungsnehmer mit
der Durchführung von Fahrten beauftragt hat, unverzüglich zu benachrichtigen, wenn dem
Versicherungsnehmer eine Zahlungsfrist nach § 39 VVG gestellt wird, oder wenn die
vorstehend bezeichneten Fahrzeuge für den vorgesehenen Verwendungszweck nicht
versichert (z. B. nicht für den Omnibuslinienverkehr, sondern für den Gelegenheitsverkehr)
oder unterversichert (z. B. für den Omnibuslinienverkehr nicht mit allen Sitz- und Stehplätzen)
sind.

.....
(Ort und Datum)

.....
(Unterschrift)

Anlage 5 – Vertragsstrafen

| Nr. | Vorfall | Euro je Vorfall | Ergänzungen |
|-----|--|--|--|
| 1 | Ausfall der ersten Fahrt eines Umlaufs (ganz oder auf Teilstrecke) | 250 € | Fahrten mit einer Verspätung von 30 Minuten oder mehr gelten als Fahrtausfall. |
| 2 | Verspäteter Dienstbeginn (gem. RBL-Aufzeichnung) | 50 € 125 € 250 € | Ab 5 Minuten Ab 10 Minuten Ab 30 Minuten = Fahrtausfall |
| 3 | Ausfall einer Fahrt während des Einsatzes (ganz oder auf Teilstrecke) aufgrund schuldhaften Fehlverhaltens des Fahrers | 250 € | Fehlverhalten des Fahrers während des Umlaufs. Bei weiteren Fahrtausfällen aufgrund des selben Fehlers erfolgt keine Addition der Vertragsstrafen. |
| 4 | Abfahren vor der im Fahrplan veröffentlichten Uhrzeit bei Kundenbeschwerden und Nachweis über RBL | >0:59 und <3:00 vor Fahrplan: 100 € Abfahrt mind. 3:00 Minuten vor Fahrplan 250 € | |
| 5 | Einsatz eines nicht den vereinbarten Standards entsprechenden Fahrzeugs | 250 € | Je Einsatztag |
| 6 | Nicht-Bedienen einer Haltestelle trotz ein- oder ausstiegswilliger Fahrgäste | 100 € | Für die betroffenen Fahrgäste ist eine Ersatzbeförderung sicher zu stellen |
| 7 | Gravierende Schäden an der Inneneinrichtung des Fahrzeugs | 100 € | z.B. aufgeschlitzte Sitze, defekte Haltestangen und Griffe, zerstörte oder stark beschädigte Wand- oder Deckenverkleidungen; Gravierende Defekte der Innenbeleuchtung, wie Ausfall der Innenbeleuchtung für mehrere Sitzreihen oder der gesamten Ein-/ Ausstiegsbeleuchtung. |
| 8 | Gravierende Verschmutzungen im Fahrzeuginneren | 100 € | v.a. Klebende und abfärbende Rückstände an Sitzen; grobe Schmierereien; großflächige Graffiti; Fenster, die kaum Durchsicht bieten; übelriechende bzw. ekelerregende Verschmutzungen |
| 9 | Ausfall der Klimaanlage im Fahrzeug | 100 € | Je Fahrttag und Fahrzeug. Bei Ersatzgestellung innerhalb von 4 Stunden kommt keine Vertragsstrafe zur Anwendung |
| 10 | Nicht-Funktionieren oder Fehlen der Haltewunschanmeldung und / oder der Wagen-hält-Anzeige | 50 € | Je Fahrttag und Fahrzeug |
| 11 | Unterlassene Hilfestellung für hilfsbedürftige Personen | 50 € | |
| 12 | Fehlende, unzureichende, falsche Beschilderung eines Fahrzeuges | 50 € | |

Anlage 5 – Vertragsstrafen

| Nr. | Vorfall | Euro je Vorfall | Ergänzungen |
|-----|--|---|---|
| 13 | Personal raucht im Fahrzeug | 100 € | gilt auch bei Ein- und Ausrückfahrten und in der Pause bzw. Wendezeit |
| 14 | Verspätete Abfahrt an der Start-Haltestelle, ohne dass eine Anschlussaufnahme dies erforderlich macht und keine Verspätung aus der Vorausfahrt vorliegt. | ab 2 Minuten: 20 €; ab 5 Minuten: 50 € ab 30 Minuten: zusätzlich Wertung als Fahrtausfall | |
| 15 | Kein oder nicht genehmigter Verkauf von Fahrausweisen | 100 € | |
| 16 | Einsatz eines nicht sich dem Vertrag entsprechend verhaltendes Fahrpersonals | 100 € | Je Einsatztag |
| 17 | Einsatz eines nicht gemeldeten Fahrpersonals | 250 € | Je Einsatztag |
| 18 | Nichteinhalten der Anschlüsse gem. Wartevermerke des Umlaufplans | 100 € | |
| 19 | Missachtung der Lenk- und Ruhezeiten | 1.000 € | |
| 20 | Nutzung eines Mobiltelefons während der Fahrt | 100 € | Gilt auch bei Ein- und Ausrückfahrten |
| 21 | Nichttragen der Dienstkleidung | 50 € | Je Tag und Fahrer |
| 22 | Unkorrektes, verspätetes oder kein Anmelden beim RBL bzw. keine aktuelle Datenhaltung auf einem Fahrzeug | 50 € | Je Tag und Fahrzeug |
| 25 | Nicht angemeldetes Fahrzeug innerhalb eines Umlaufes bzw. zeitüberschneidende Doppelanmeldung einer Fahrt | 250 € | |
| 28 | Abstellen eines Fahrzeugs im öffentlichen Verkehrsraum | 100 € | Je Tag und Fahrzeug |
| 29 | Selbstständige(r) Ein-/Ausbau oder Instandhaltung der gemieteten Geräte ohne ausdrückliche, schriftliche Zustimmung der rnv | 500 € | Pro Gerät |
| 30 | Nicht-Mitführen der aktuellen Fahrenweisung | 20€ | pro Tag und Umlauf |

Anlage 6



Miet- und Wartungsvertrag für technische Geräte

zwischen

der

XXX

xxx

- im Folgenden auch „VU“ genannt -

und

der

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

Möhlstr. 27, 68165 Mannheim

- im Folgenden auch „rnv“ genannt -

- zusammen im Folgenden auch Vertragsparteien genannt -

1. Präambel

VU kommt als Subunternehmer für V-Bus im Linienverkehr der rnv, gem. Subunternehmervertrag zwischen V-Bus und VU vom xx.xx.xxxx, zum Einsatz.

Im Rahmen dieser Vereinbarung und der vollständigen Integration der Verkehre in das itcs-System der rnv mietet VU die hierfür benötigten technischen Geräte von der rnv.

Die Geräte sind und bleiben Eigentum der rnv.

2. Leistungen der rnv

2.1 Technische Leistungen

Die rnv stellt dem VU die erforderlichen, im folgenden aufgeführten technischen Geräte für die Fahrzeuge kostenfrei zur Verfügung:

- Bordrechner,
- Fahrgastzählsystem,
- Fahrscheindrucker und Entwerter,
- *Innenmonitore (zu klären oder in Subvertrag als Eigenleistung von Auftragnehmer aufzunehmen)*

2.2 Erforderliche technische Ausstattungen der Fahrzeuge

Die umzubauenden Fahrzeuge müssen über folgende Ausstattungen verfügen:

- Sternpunkt an dem die IBIS – Teilnehmer, wie z. B. Anzeigen, Drucker und Entwerter angeschlossen werden können
- Die Fahrzielanzeigen müssen klartexttauglich sein
- Signal, Türkontakt und Wegimpuls 4 Impulse/Meter
- Spannungsversorgung 24V oder Spannungsverdoppler 12/24V (10A)
- Einbaurahmen für einen 19" Träger
- Verstärker z.B. BPA 49 Blaupunkt (nach Absprache mit der rnv)
- Kriterienstecker über die folgende Signale geführt werden können: 24V Dauerplus, 24V Zündungsplus, Türkriterium, Wegimpuls, Funksprechtaste, Innen- / Außen- / Fahrerlautsprecher
- Ein verkürzter Nachlauf für Außenanzeigen wird bei Bedarf vom VU selbst realisiert
- Mikrofon, Innen-Lautsprecher und Fahrerlautsprecher
- Neufahrzeuge müssen generell mit Einbauplätzen für Antennen ausgerüstet sein.

2.3 Ein- und Ausbau der Geräte

- (1) Für den ordnungsgemäßen Ein- und Ausbau der Geräte ist allein die rnv zuständig.
VU stellt auf eigene Kosten und nach vorheriger Terminabsprache die Fahrzeuge zum Ein- und Ausbau der rnv zur Verfügung.
- (2) VU ist es untersagt, die Geräte selbst ein- oder auszubauen, es sei denn, dass eine ausdrückliche, schriftliche Genehmigung der rnv vorliegt.

- (3) Bei einem Neukauf von Fahrzeugen können die Geräte in Abstimmung mit der rnv vom Fahrzeughersteller eingebaut werden. Die Vorbereitungen zum Einbau können ebenfalls vom Fahrzeughersteller in Abstimmung mit der rnv durchgeführt werden.

Die Kosten für den einmaligen Ein- und Ausbau der Geräte durch rnv trägt rnv. Die Kosten für weitere Ein- und Ausbauten sind vom VU zu tragen.

2.4 Wartung und Instandsetzung

(1) Die rnv führt im Rahmen dieser Vereinbarung folgende Tätigkeiten durch:

- Wartung der vermieteten Geräten nach Absprache bzw. Anforderung
- Instandsetzung der vermieteten Geräte bei Bedarf und auf Anforderung, soweit eine sachgemäße Behandlung stattgefunden hat. Bei unsachgemäßer Behandlung oder technischen Veränderungen der Geräte trägt VU jeweils die Kosten der Instandsetzung und der Folgeschäden.

(2) Die rnv trägt Sorge, dass die Wartung und Instandsetzung umgehend nach Anforderung und Absprache durchgeführt wird. VU ist verpflichtet, die Fahrzeuge auf eigene Kosten der rnv für die Dauer der Wartung und Instandsetzung zur Verfügung zu stellen.

(3) VU ist es untersagt, Wartung oder Instandsetzung der zur Verfügung gestellten Geräte selbst vorzunehmen. Andernfalls ist die rnv berechtigt, eine Vertragsstrafe in Höhe von 500 € zu erheben. Darüber hinaus hat VU hierdurch verursachte Schäden zu ersetzen.

(4) Sofern VU die vereinbarten Wartungstermine nicht einhält und es infolge dieses Versäumnisses zu Schäden an den zur Verfügung gestellten Geräten kommt, hat VU die Kosten zu tragen.

2.5 Subunternehmer

Die rnv ist berechtigt, Ihre Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag an Dritte zu übertragen.

3 Leistungen VU

VU schafft alle Voraussetzungen, um eine ordnungsgemäße Ausführung der in Ziffer 2 genannten Arbeiten zu ermöglichen. Hierzu gehören:

- Die Benennung einer Kontaktperson, die der rnv während der Auftragsdurchführung zur Verfügung steht und berechtigt ist, Erklärungen entgegenzunehmen und abzugeben, die im Zusammenhang mit der Vertragsabwicklung für die gegenseitige Abstimmung erforderlich sind
- Das Zur-Verfügung-Stellen von erforderlichen Unterlagen und anderen notwendigen technischen und betriebsinternen Informationen
- Die Versicherung der gemieteten technischen Geräte zu Gunsten der rnv gegen Beschädigung und Untergang (Vandalismus, Diebstahl, Feuer, Wasser etc.)
- Sachgemäßer Umgang mit allen zur Verfügung gestellten technischen Geräten
- Sofortige Meldung aller Störungen an den technischen Geräten.

4. Haftung

- (1) VU haftet für alle Schäden, die auf eine unsachgemäße Behandlung oder technische Veränderungen der Geräte zurückzuführen sind. Die Schäden sind zu ersetzen.
- (2) Die Haftung der rnv ist im Falle einfacher Fahrlässigkeit bei der Verletzung nicht wesentlicher Vertragspflichten ausgeschlossen und im Falle der Fahrlässigkeit im Übrigen auf den vorhersehbaren und vertragstypischen Schaden beschränkt. Wesentliche Vertragspflichten sind solche, ohne deren Erfüllung der Zweck des Vertrages gefährdet ist bzw. auf deren Einhaltung der Vertragspartner vertrauen darf. Dies gilt jedoch nicht im Falle der Verletzung von Leben, Leib und Gesundheit sowie im Falle der Verletzung einer Garantie und der Haftung nach dem ProdHaftG.

5. Vergütung und Fakturierung

- (1) Die von der rnv erbrachten Leistungen erfolgen kostenfrei. Darin enthalten sind alle in Punkt 2 genannten Leistungen der rnv.

6. Vertragsdauer und Kündigungsfrist

- (1) Der Vertrag tritt zum 01.01.2027 in Kraft und gilt für die Dauer des für die Verkehre abgeschlossenen Subunternehmervertrags, voraussichtlich bis 31.12.2034.
- (2) Der Vertrag kann von beiden Seiten bei Vorliegen eines wichtigen Grundes fristlos gekündigt werden.
Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn
 - den Vertragsparteien die ihnen erteilte Genehmigung nach dem PBefG entzogen wird
 - ein ordnungsgemäßer Betrieb nicht gewährleistet wird
 - eine Vertragspartei grob oder wiederholt schuldhaft trotz schriftlicher Abmahnung gegen die Bestimmungen dieses Vertrages verstößt
 - der Verkehr, zu dessen Bedienung der Vertrag geschlossen wurde, eingestellt wird
 - VU wiederholt trotz schriftlicher Mahnungen nicht die vertragsgerechte Vergütung zahlt
 - über das Vermögen des jeweils anderen Vertragspartners das Insolvenzverfahren eröffnet wird.

7. Schlussbestimmungen

- (1) Der Vertrag unterliegt dem Recht der Bundesrepublik Deutschland. Gerichtsstand für sämtliche Streitigkeiten aus und im Zusammenhang mit diesem Vertrag ist der Sitz der rnv (Mannheim).
- (2) Alle Vertragspartner verpflichten sich, die vom jeweils anderen Partner erhaltenen Unterlagen und Informationen vertraulich zu behandeln und sie nicht ohne vorheriges schriftliches Einverständnis des anderen Partners Dritten zugänglich zu machen.
- (3) Änderungen und Ergänzungen dieser Vereinbarung oder seiner Anlagen, einschließlich dieser Schriftformklausel, bedürfen der Schriftform. Mündliche Nebenabreden bestehen nicht.

8. Salvatorische Klausel

- (1) Sollte eine in diesem Vertrag enthaltene Bestimmung unwirksam sein oder werden bzw. der Vertrag eine ergänzungsbedürftige Lücke enthalten, so wird hierdurch die Gültigkeit des Vertrages im Übrigen nicht berührt. Die Vertragsparteien verpflichten sich, die ungültige Bestimmung oder die Vertragslücke durch eine solche zu ersetzen bzw. zu ergänzen, die dem beabsichtigten wirtschaftlichen Zweck am nächsten kommt.

Mannheim, _____

rnv

_____, _____

VU

Anlage 7: CD-Richtlinie für die Außengestaltung eines Fahrzeugs

Die beigefügten Skizzen zeigen die Außengestaltung der Fahrzeuge der rnv am Beispiel eines Kleinbusses des Typ Sprinter der Firma Daimler Buses. Der Auftragnehmer hat die Außengestaltung seiner Fahrzeuge entsprechend dieser CD-Richtlinie vorzunehmen. Ausnahmen bedürfen der ausdrücklichen, schriftlichen Zusage des Auftraggebers.



Anlage 8: Bedienung des RBL sowie Pflichten im Rahmen der Fahrgasterhebung

Der Auftragnehmer gewährleistet, dass bei jeder Fahrt ein Fahrzeug mit dem rechnergestützten Betriebsleitsystem (RBL) der rnv zum Einsatz kommt. Die rnv stellt die im Linienverkehr einschl. Reserve benötigten Fahrzeuge (s. Anlage 1) aus. Hierzu wird ein gesonderter Miet- und Wartungsvertrag (s. Anlage 6) geschlossen.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die vom Auftraggeber bzw. rnv vorgegebene Umlaufplanung und die daraus resultierende Umlaufnummer umzusetzen. Abweichungen bedürfen einer vorherigen Absprache.

Der Auftragnehmer gewährleistet, dass jedes Fahrzeug mind. alle 48 Stunden für die notwendige Dauer des Datenaustauschs in der Reichweite eines Access Points abgestellt wird. Für den Datenaustausch ist es notwendig, den Bordrechner in abgemeldetem Zustand (Schlüsseltaster), jedoch stromversorgt zu halten. Die rnv stellt in der Regel 1x wöchentlich neue Datenpakete (Datenversorgung Fahrplan) bereit. Der Datenaustausch betrifft hierbei aber nicht nur den Download der neuen Datenversorgung, sondern auch den regelmäßigen Upload der Fahrzeugaufzeichnungen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, vor Fahrtbeginn die Gültigkeit der im Fahrzeug vorgehaltenen Datenversorgung zu prüfen und im Bedarfsfall durch Anfahrt eines Access Points zu aktualisieren.

Das Fahrpersonal hat sich vor Dienstbeginn im Betriebshof* nach korrekter Anmeldung im RBL-System per Funk (Sprechwunsch über MDT) in der Leitstelle der rnv anzumelden. Nach Beendigung der Umlaufleistung ist eine Abmeldung am MDT über Schlüsseltaster durchzuführen. *Als Betriebshof wird auch der nächtliche Abstellort des Fahrzeugs gewertet.

Der Auftragnehmer hat täglich einen Nachweis gelistet nach Umlauf, Uhrzeit (Beginn – Ende) aller eingesetzten Fahrzeuge mit aufgetretenen relevanten Mängeln: z. B. „Ausfall Funkanlage ab 16:30 Uhr“ sowie Fahrzeugwechsel mit Angabe von Ursachen zu erstellen.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet einen Fahrzeugtausch unverzüglich der Betriebszentrale der rnv zu melden. Das aussetzende Fahrzeug ist sofort nach Anfahrt des Aussetzungsortes über die Funktion „Schlüsseltaster“ auf dem MDT abzumelden.

Die rnv ermittelt permanent anhand eines automatischen Fahrgastzählsystems (AFZS) in den Fahrzeugen die Fahrgastzahlen auf allen Linien. Diese Vorgaben (Fahrzeugplanung) sind zwingend umzusetzen. Das AFZS wird seitens rnv zur Verfügung gestellt.

[Subunternehmerleistungen für Gelenkbusse]
[223-25-EK7]

BEWERBUNGSBOGEN

TEILNAHMEANTRAG

zur Teilnahme am Verhandlungsverfahren nach § 15 SektVO

Die folgenden Angaben zur Bewerbung erfolgen als:

☐ Einzelbewerber

☐ Bewerbergemeinschaft

☐ für das federführende Mitglied der Bewerbergemeinschaft

☐ für ein weiteres Mitglied der Bewerbergemeinschaft

Name und Anschrift des Bewerbers/der Bewerbergemeinschaft

Ich / wir bewerbe(n) mich / uns hiermit um die Teilnahme am Verhandlungsverfahren zur Vergabe der ausgeschriebenen Leistungen. Die geforderten Erklärungen wurden von mir / uns abgegeben und an entsprechender Stelle rechtsverbindlich erklärt. Die erforderlichen Nachweise liegen vollständig bei.

¹ Die Bewerber haben zwingend diesen Bewerbungsbogen für die Erstellung Ihres Teilnahmeantrags zu verwenden. Teilnahmeanträge, die nicht unter Verwendung des Bewerbungsbogens abgegeben werden, werden von dem Verfahren ausgeschlossen.

² Bei Bewerbergemeinschaften ist für jedes Mitglied ein Bewerbungsbogen inklusive aller entsprechenden Nachweise und Erklärungen einzureichen. Die Erklärungen zur wirtschaftlichen und finanziellen sowie technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit werden kumulativ betrachtet. Davon ausgenommen ist der Nachweis einer entsprechenden Berufshaftpflichtversicherungsdeckung. Dieser ist für jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft zu führen.

Dies gilt auch für Nachunternehmer, wenn sich der Bewerber bzw. die Bewerbergemeinschaft zum Nachweis seiner bzw. ihrer Eignung des Nachunternehmers bedient (Eignungsleihe). Die Angaben von Nachunternehmer werden in diesem Fall nur berücksichtigt, wenn der jeweilige Nachauftragnehmer mit dem Teilnahmeantrag eine entsprechende Erklärung für qualifizierte Nachunternehmer abgibt. Die Vorgaben für Nachunternehmer gelten in gleichem Maße wie für verbundene Unternehmen.

[Subunternehmerleistungen für Gelenkbusse]
[223-25-EK7]

1. Anlagenverzeichnis / Einzureichende Unterlagen

| | |
|--|---|
| B.I.1. - Bewerbergemeinschaftserklärung | Nur im Falle einer Bewerbergemeinschaft |
| B.II.1. - Allgemeine Angaben zum Unternehmen | |
| B.IB.1 – Eigenerklärung Ausschlussgründe | Nur im Falle einer Bewerbergemeinschaft oder Eignungsleihe* |
| B.V.1 – Eigenerklärung Zuverlässigkeit | Nur im Falle einer Bewerbergemeinschaft oder Eignungsleihe* |
| B.IX.1 – Verpflichtungserklärung qualifizierten NU | Nur im Falle einer Eignungsleihe |
| Nachweis einer Betriebshaftpflichtversicherung in Höhe von mind. 10 Mio. Euro für Personen- und Sachschäden oder schriftliche Erklärung seiner Versicherung, dass eine entsprechende Versicherung im Auftragsfalle abgeschlossen wird. | |
| Aktueller Handelsregisterauszug (nicht älter als 3 Monate) | |
| Bescheinigung der Genehmigungsbehörde über die Bestellung eines Betriebsleiters nach BOKraft | Für den Bewerber bzw. für mind. ein Mitglied der Bewerbergemeinschaft |
| Bescheinigung / Genehmigungsurkunde für den Linienverkehr mit KOM bzw. – bei ausländischen Bewerbern – EU-Lizenz entsprechend der EG-VO 684/92 i.d.F. 11/98 | Für den Bewerber bzw. für mind. ein Mitglied der Bewerbergemeinschaft |
| Eigenerklärung zu EU-Russlandsanktionen | |
| Diverse Angaben direkt auf der Vergabeplattform unter „Eignungskriterien“ | |

**Der Bewerber, welcher den Teilnahmeantrag über die Vergabeplattform abgibt, hat die Angaben auf der Plattform direkt einzutragen.*

Hier gemäß § 126b BGB eintragen:

(Name des Ausstellers dieser Erklärung) für (Firmenname und Rechtsform)

223-25-EK7

Allgemeine Angaben zu den Unternehmen einer Bewerbergemeinschaft

Wir, die nachstehend aufgeführten Unternehmen einer Bewerbergemeinschaft

| | | |
|---|--------------|--|
| Name des geschäftsführenden Unternehmens | | |
| Rechtsform | | |
| Anschrift | | |
| Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister: Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter | Name | |
| | Vorname | |
| | Geburtsdatum | |
| | Geburtsort | |
| Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter | Name | |
| | Vorname | |
| | Geburtsdatum | |
| | Geburtsort | |
| Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter | Name | |
| | Vorname | |
| | Geburtsdatum | |
| | Geburtsort | |
| Telefon | | |
| Telefax | | |
| E-Mail-Adresse | | |
| Ansprechpartner | | |

Subunternehmerleistungen Gelenkbusse

223-25-EK7

| | | |
|---|--------------|--|
| Name des Bewerbergemeinschaftsmitglieds [1] | | |
| Rechtsform | | |
| Anschrift | | |
| Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister: Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter | Name | |
| | Vorname | |
| | Geburtsdatum | |
| | Geburtsort | |
| Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter | Name | |
| | Vorname | |
| | Geburtsdatum | |
| | Geburtsort | |
| Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter | Name | |
| | Vorname | |
| | Geburtsdatum | |
| | Geburtsort | |
| Telefon | | |
| Telefax | | |
| E-Mail-Adresse | | |
| Ansprechpartner | | |

Subunternehmerleistungen Gelenkbusse

223-25-EK7

| | | |
|---|--------------|--|
| Name des Bewerbergemeinschaftsmitglieds [2] | | |
| Rechtsform | | |
| Anschrift | | |
| Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister: Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter | Name | |
| | Vorname | |
| | Geburtsdatum | |
| | Geburtsort | |
| Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter | Name | |
| | Vorname | |
| | Geburtsdatum | |
| | Geburtsort | |
| Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter | Name | |
| | Vorname | |
| | Geburtsdatum | |
| | Geburtsort | |
| Telefon | | |
| Telefax | | |
| E-Mail-Adresse | | |
| Ansprechpartner | | |

Subunternehmerleistungen Gelenkbusse

223-25-EK7

| | | |
|---|--------------|--|
| Name des Bewerbergemeinschaftsmitglieds [3] | | |
| Rechtsform | | |
| Anschrift | | |
| Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister: Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter | Name | |
| | Vorname | |
| | Geburtsdatum | |
| | Geburtsort | |
| Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter | Name | |
| | Vorname | |
| | Geburtsdatum | |
| | Geburtsort | |
| Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter | Name | |
| | Vorname | |
| | Geburtsdatum | |
| | Geburtsort | |
| Telefon | | |
| Telefax | | |
| E-Mail-Adresse | | |
| Ansprechpartner | | |

Subunternehmerleistungen Gelenkbusse

223-25-EK7

erklären, uns im Falle der Angebotsaufforderung zu einer Bewerbergemeinschaft und im Falle der Auftragserteilung zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen.

Wir erklären weiterhin, dass

- das oben bezeichnete geschäftsführende Unternehmen die Bewerbergemeinschaft gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt, dies schließt die Abgabe von Erklärungen im Vergabeverfahren ein – dazu gehören auch Angaben zu unserer technischen, wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit;
- alle Mitglieder im Auftragsfalle für die Erfüllung des Vertrages als Gesamtschuldner haften;
- das oben bezeichnete geschäftsführende Unternehmen berechtigt ist, mit uneingeschränkter Wirkung Zahlungen anzunehmen.

Subunternehmerleistungen Gelenkbusse

223-25-EK7

Erklärung zur Nichtvorlage einer wettbewerbsbeschränkenden Abrede i. S. d. § 1 GWB

**[Aufforderung Abgabe einer Erklärung über die Gründe für die Bildung einer
Bewerbergemeinschaft]**

[Zu unterschreiben von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft]

[Bitte Formblatt ausdrucken, unterschreiben, einscannen und in der Plattform hochladen.]

Unterschrift:

(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

Subunternehmerleistungen Gelenkbusse

223-25-EK7

Unterschrift:

(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

Unterschrift:

(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

Unterschrift:

(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

223-25-EK7

Allgemeine Angaben zum Unternehmen eines Einzelbewerber

| | | |
|---|--------------|--|
| Name des Bewerbers | | |
| Rechtsform | | |
| Anschrift | | |
| Telefon | | |
| Telefax | | |
| E-Mail-Adresse | | |
| Ansprechpartner | | |
| Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister: Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter | Name | |
| | Vorname | |
| | Geburtsdatum | |
| | Geburtsort | |
| Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter | Name | |
| | Vorname | |
| | Geburtsdatum | |
| | Geburtsort | |
| Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter | Name | |
| | Vorname | |
| | Geburtsdatum | |
| | Geburtsort | |

Hier gemäß § 126b BGB eintragen:

(Firmenname und Rechtsform)

Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

**- nur im Falle einer Bietergemeinschaft oder
Eignungsleihe auszufüllen -**

Hinweis: Dieses Formblatt muss nur in den nachfolgenden Anwendungsfällen ausgefüllt werden:
Im Falle einer Bietergemeinschaft muss dieses Formblatt durch **jedes Mitglied der Bietergemeinschaft** ausgefüllt werden.
Im Falle der Inanspruchnahme der Kapazitäten eines anderen Unternehmens zum Nachweis der Eignung des Bewerber (**Eignungsleihe**) muss dieses Formblatt **auch durch diesen qualifizierten Nachunternehmer** ausgefüllt werden. Hierzu ist dieses Formblatt entsprechend zu vervielfältigen.

Name der Bietergemeinschaft / des qualifizierten Nachunternehmers

1. Erklärung gemäß § 123 Abs. 1 GWB**Entweder:**

- ☐ Erklärung, dass keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen des Bewerbers/ des Mitglieds der Bietergemeinschaft zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt wurde oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:
- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
 - § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
 - § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
 - § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
 - § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),

- den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

Einer Verurteilung nach diesen Vorschriften steht eine Verurteilung nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich. Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

Oder falls diese Erklärung nicht abgegeben werden kann:

☐ Erklärung, dass zwar eine solche Situation besteht, jedoch mehr als fünf Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen sind

oder

☐ Erklärung, dass aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen

Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

2. Erklärung gemäß § 123 Abs. 4 GWB

Enweder

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen nicht in der folgenden Situation befindet:

Das Unternehmen ist seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen und dies wurde durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt oder kann durch den öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise nachgewiesen werden.

Oder falls diese Erklärung nicht abgegeben werden kann:

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch mehr als fünf Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen sind

oder

☐ Erklärung, dass das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.

oder falls diese Erklärungen nicht abgeben werden können:

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder ein Ausschluss offensichtlich unverhältnismäßig wäre oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen

Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

3. Erklärung gemäß § 124 Abs. 1 GWB

Enweder

- ☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen nicht in einer der folgenden Situationen befindet:
- Das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen,
 - das Unternehmen ist zahlungsunfähig, über das Vermögen des Unternehmens ist ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden, die Eröffnung eines solchen Verfahrens ist mangels Masse abgelehnt worden, das Unternehmen befindet sich im Verfahren der Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt,
 - das Unternehmen hat im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; das Verhalten einer Person ist dem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung,
 - es bestehen hinreichende Anhaltspunkte dafür, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
 - es besteht ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss nicht wirksam beseitigt werden kann,
 - eine Wettbewerbsverzerrung resultiert daraus, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung kann nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss beseitigt werden,

- das Unternehmen hat eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt und dies hat zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt,
- das Unternehmen hat in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten oder ist nicht in der Lage, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,
- das Unternehmen hat versucht, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen oder hat versucht, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder das Unternehmen hat fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder hat versucht, solche Informationen zu übermitteln.

Oder falls diese Erklärung nicht abgegeben werden kann:

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch mehr als drei Jahre ab dem betreffenden Ereignis vergangen sind

oder

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies bei pflichtgemäßer Ermessensausübung, insbesondere unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit, geboten ist oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen

Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

4. Erklärung gemäß § 124 Abs. 2 GWB**Zu § 21 AEntG (Arbeitnehmer-Entsendegesetz)****Entweder**

☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 21 AEntG vorliegt.

Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:

Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.

Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

Zu § 98c AufenthG (Aufenthaltsgesetz)**Entweder**☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 98c AufenthG vorliegt.**Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.
Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

Zu § 19 MiLoG (Mindestlohngesetz)**Entweder**☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 19 MiLoG vorliegt.**Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.
Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

Zu § 21 SchwarzArbG (Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz)**Entweder**☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 21 SchwarzArbG vorliegt.**Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.
Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

5. Angaben zum wettbewerbskonformen Verhalten

☐ Erklärung, dass unser Unternehmen sowie die jeweiligen geschäftsführenden Personen in Bezug auf das vorliegende Verfahren keine unzulässige, wettbewerbsbeschränkende Abrede getroffen oder in sonstiger Weise wettbewerbswidrig oder unlauter gehandelt haben.

Zu unterschreiben von qualifiziertem Nachunternehmer oder Mitgliedern einer Bergewergemeinschaft:

(Bitte Formblatt ausdrucken, unterschreiben, einscannen und in Plattform hochladen)

Unterschrift:

(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

[Subunternehmerleistungen Gelenkbusse]
[223-25-EK7]

Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit nach § 1 PBZugV - nur im Falle einer Bewerbergemeinschaft oder Eignungsleihe auszufüllen -

Hinweis: Dieses Formblatt muss nur in den nachfolgenden Anwendungsfällen ausgefüllt werden:
Im Falle einer Bewerbergemeinschaft muss dieses Formblatt durch **jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft** ausgefüllt werden.
Im Falle der Inanspruchnahme der Kapazitäten eines anderen Unternehmens zum Nachweis der Eignung des Bewerbers (**Eignungsleihe**) muss dieses Formblatt **auch durch diesen qualifizierten Nachunternehmer** ausgefüllt werden. Hierzu ist dieses Formblatt entsprechend zu vervielfältigen.

Name der Bewerbergemeinschaft / des qualifizierten Nachunternehmers

1. Erklärungen

☐ Das Unternehmen gilt als zuverlässig im Sinne des § 13 Abs. 1 Nr. 2 und § 1 Abs. 1 PBZugV, wenn keine hinreichenden Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass bei der Führung des Betriebes die für den Straßenpersonenverkehr geltenden Vorschriften missachtet wurden.

Als unzuverlässig gilt in der Regel ein Unternehmen, dem innerhalb der letzten 5 Jahre Verstöße gegen die im Unternehmen geltenden tarifvertraglichen Regelungen und/oder die BOKraft nachgewiesen werden konnten. Dies gilt auch für Unternehmen, die mit einem Unternehmen nach Satz 1 dergestalt verbunden sind oder waren, dass sie derselben Unternehmensleitung unterstehen bzw. in den Bereichen Betriebsleitung und Personalwesen durch dieselben Personen geführt werden, die zum Zeitpunkt des Verstoßes gegen die tarifvertraglichen Regelungen oder die BO-Kraft Verantwortung in dem anderen Unternehmen getragen haben.

Deshalb erklärt das Unternehmen wie folgt:

- gegen das Unternehmen liegt keine rechtskräftige Verurteilung wegen schwerer Verstöße gegen strafrechtliche Vorschriften (§ 1 Abs. 2 Nr. 1 PBZugV) vor,
- gegen das Unternehmen liegen keine schweren Verstöße gegen die Vorschriften des PBefG bzw. der auf diesem Gesetz beruhenden Rechtsverordnungen vor (§ 1 Abs. 2 Nr. 3 a PBZugV) vor,
- gegen das Unternehmen liegen keine schweren Verstöße gegen arbeits- oder sozialrechtliche Pflichten, insbesondere gegen die Vorschriften über die Lenk- und Ruhezeiten des Fahrpersonals vor (§ 1 Abs. 2 Nr. 3 b PBZugV),
- gegen das Unternehmen liegen keine schweren Verstöße gegen Vorschriften, die im Interesse der Verkehrs- und Betriebssicherheit erlassen wurden (insbesondere die Vorschriften des Straßenverkehrsgesetzes, der Straßenverkehrs-Ordnung oder der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung), vor (§ 1 Abs. 2 Nr. 3 c) PBZugV),

- gegen das Unternehmen liegen keine schweren Verstöße gegen umweltschützende Vorschriften, dabei insbesondere des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, vor (§ 1 Abs. 2 Nr. 3 f PBZugV),
- gegen das Unternehmen liegen keine schweren Verstöße gegen die abgaberechtlichen Pflichten, die sich aus unternehmerischer Tätigkeit ergeben, vor (§ 1 Abs. 2 Nr. 3 d PBZugV) und das Unternehmen ist der Pflicht zur Zahlung von Steuern und Abgaben nach den Rechtsvorschriften des EU-Mitgliedstaates der Konzessionsgeber nachgekommen,
- gegen das Unternehmen liegen keine schweren Verstöße gegen § 1 des Pflichtversicherungsgesetzes vom 5. April 1965 (BGB I S. 213) in der jeweils geltenden Fassung vor (§ 1 Abs. 2 Nr. 3 e PBZugV) und das Unternehmen hat seine Verpflichtung zur Zahlung der Sozialbeiträge nach den Rechtsvorschriften des EU-Mitgliedsstaates, in dem es ansässig ist, oder nach den Rechtsvorschriften des EU-Mitgliedsstaates der Konzessionsgeber erfüllt,
- gegen das Unternehmen liegen keine schweren Verstöße gegen die Bestimmungen zu Arbeitsschutz- und Arbeitsrecht vor.

Einer Verurteilung nach diesen Vorschriften steht eine Verurteilung nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich. Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

Hier gemäß § 126b BGB eintragen:

(Firmenname und Rechtsform)

Erklärung für qualifizierte Nachunternehmer

Hinweis: Sofern der Bewerber zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Dritter/Nachunternehmer) in Anspruch nehmen will (Eignungsleihe), muss er den Namen dieses anderen Unternehmens (qualifizierter Nachunternehmer) benennen und angeben, wofür er die Kapazitäten des qualifizierten Nachunternehmers in Anspruch nehmen will.

Außerdem muss der Bewerber durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung dieses qualifizierten Nachunternehmers nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung gestellt werden. Nachunternehmer, die der Bewerber für die Auftragsausführung einsetzen will, deren Kapazitäten er zum Nachweis seiner Eignung aber nicht in Anspruch nehmen will, müssen in diesem Verfahrensstadium noch nicht benannt werden.

Ergänzend zu diesem Formblatt sind vom qualifizierten Nachunternehmer auch die Formblätter B.IV.1. und B.VIII.1. auszufüllen.

Sofern der Bewerber mehrere andere Unternehmen benennen will, ist dieses Formblatt entsprechend zu vervielfältigen.

| | |
|--|---|
| Name des qualifizierten Nachunternehmers | |
| Rechtsform | |
| Anschrift | |
| Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister des Landes, in welchem der Nachunternehmer ansässig ist | <input type="checkbox"/> Ja, ein entsprechender Nachweis ist dem Teilnahmeantrag beigelegt. <input type="checkbox"/> Keine Eintragung. |
| <u>Zur ggf. erforderlichen Abfrage im Korruptionsregister und im Gewerbezentralregister:</u> Name, Vorname, Geburtsdatum und -ort des gesetzlichen Vertreters, bei Personengesellschaften der geschäftsführenden Gesellschafter | |
| Telefon | |
| Telefax | |
| E-Mail | |
| Ansprechpartner | |
| Angabe, wofür die Kapazitäten dieses anderen Unternehmens in Anspruch genommen werden | [ggf. erforderliche Zulässigkeitsnachweise] |

Verpflichtungserklärung des anderen Unternehmens

Wir verpflichten uns, dem Bewerber / der Bewerbergemeinschaft

im Auftragsfalle die erforderlichen Mittel, für deren Nachweis wir vom Bewerber zum Nachweis seiner Eignung benannt wurden, zur Verfügung zu stellen.

Zu unterschreiben von qualifiziertem Nachunternehmer:

(Bitte Formblatt ausdrucken, unterschreiben, einscannen und in Plattform hochladen)

Unterschrift:

(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

Entsprechend der Verordnung (EU) 2022/576 dürfen öffentlichen Aufträge und Konzessionen nach dem 9. April 2022 nicht an Personen oder Unternehmen vergeben werden, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen. Dies umfasst sowohl unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftretende Personen oder Unternehmen als auch mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher.

Ein Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift besteht

- a) durch die **russische Staatsangehörigkeit** des Bewerbers/Bieters oder die **Niederlassung** des Bewerbers/Bieters in Russland,
- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das **Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 Prozent**,
- c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder **auf Anweisung von Personen oder Unternehmen**, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutreffen.

Bereits vor dem 9. April 2022 geschlossene Verträge mit solchen Personen oder Unternehmen mit Bezug zu Russland dürfen nur bis zum 10. Oktober 2022 fortgeführt werden.

Baumaßnahme

Leistung

Subunternehmerleistungen Gelenkbusse

Ich/Wir erkläre(n), dass für mein/unser Unternehmen **keiner** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Fälle zutrifft.

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir zur Ausführung des Auftrags für Teile der Leistung

☐ **nicht** die Kapazitäten der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen in Anspruch nehmen werde(n) / genommen habe(n) (Eignungsleihe).

☐ folgende Kapazitäten der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen in Anspruch nehmen werde(n) / genommen habe(n) (Eignungsleihe).

☐ Die Leistungen **keines** Eignungsverleihers überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.

☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.

☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

- ☐ **keine** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Nachunternehmer beauftrage(n) / beauftragt habe(n).
- ☐ folgende der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Nachunternehmer beauftragen werde(n) / beauftragt habe(n).

- ☐ Die Leistungen **keines** Nachunternehmers überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.
- ☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.
- ☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

- ☐ **keine** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Lieferanten beauftrage(n) / beauftragt habe(n).
- ☐ folgende der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Lieferanten beauftragen werde(n) / beauftragt habe(n).

- ☐ Die Leistungen **keines** Lieferanten überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.
- ☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.
- ☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

Datum/Unterschrift (bei elektronischer Übermittlung: Name der erklärenden Person)



Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, 11014 Berlin

- Nur per E-Mail -

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
Fachaufsicht führende Ebenen in den Ländern

Krausenstraße 17-18
10117 Berlin
Postanschrift
11014 Berlin
Tel +49 30 18 681-16882
Fax +49 30 18 681-516882
BW17@bmi.bund.de
www.bmwsb.bund.de

Sanktionen der EU gegen Russland

Verordnung (EU) 2022/576

BW17-70409/2#1

Berlin, 14. April 2022

Seite 1 von 3

I. EU-Sanktionen gegen Russland

Durch *Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren* hat die EU verschärfte Sanktionen gegen Russland erlassen.

Vorbehaltlich kommender Auslegung durch die Europäische Kommission werden nachfolgend erste Hinweise dazu gegeben.

II. Verbot der Auftragsvergabe

Nach Artikel 5k der Verordnung ist es verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen an Personen oder Unternehmen zu vergeben, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen und im Vergabeverfahren unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftreten.

Ein Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift besteht

- a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,

- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 Prozent,
- c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutreffen.

Das Verbot erstreckt sich auch auf mittelbar am Auftrag beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten und Eignungsverleiher eines Bewerbers oder Bieters, soweit ihr Anteil, gemessen am Auftragswert, zehn Prozent übersteigt.

Ebenfalls vom Verbot umfasst sind Verträge, die vom Anwendungsbereich des GWB ausgenommen sind (insbesondere § 107 Absatz 1 Nummer 1 und 4, Absatz 2 Nummer 1, § 116 und § 145 Nummer 1 bis 6).

Von den Bewerbern oder Bietern in neuen und laufenden Vergabeverfahren ist die als Anlage beigefügte Eigenerklärung abzufordern. Angebote von Unternehmen, die eine solche Erklärung trotz entsprechender Anforderung nicht abgeben, sind von der Wertung auszuschließen (§ 16 EU Nummer 4, § 16 VS Nummer 4 VOB/A).

III. Fortführung bestehender Verträge

Bestehende Verträge mit den unter II. a)-c) Genannten, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden, dürfen nach dem 10. Oktober 2022 nicht fortgeführt werden.

Das gilt auch für Verträge mit Auftragnehmern, an denen die unter II. a)-c) Genannten mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher beteiligt sind. Die Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher sind vorzugsweise auszutauschen. Ist der Hauptauftragnehmer nicht zum Austausch bereit, ist der Vertrag unter Berufung auf das EU-rechtlich unmittelbar geltende Erfüllungsverbot zum 10. Oktober 2022 zu kündigen.

Auch für bestehende Verträge ist die als Anlage beigefügte Eigenerklärung abzufordern.

IV. Ausnahmen

Von dem Verbot der Auftragsvergabe und der Fortführung der Verträge enthält Art 5k Absatz 2 Ausnahmen. Für den Bundeshochbau können insbesondere Buchstabe a (Baumaßnahmen im Zusammenhang mit Atomanlagen/Endlagern) und Buchstabe d (Auslandsbau) einschlägig sein.

Eine Ausnahme bedarf der über mich einzuholenden Genehmigung der durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz noch zu benennenden zuständigen Behörde.

V. Zuwendungsbau

Die EU-Verordnung gilt für öffentliche Aufträge (§ 103 GWB) und Konzessionen (§ 106 GWB). Sie findet damit im Zuwendungsbau Anwendung, falls der Zuwendungsempfänger öffentlicher Auftraggeber nach § 99 GWB, Sektorenauftraggeber nach § 100 GWB oder Konzessionsgeber nach § 101 GWB ist. Liegen diese Voraussetzungen nicht vor, kommt es auf den Inhalt des Zuwendungsbescheids an.

VI. Inkrafttreten

Der Erlass gilt mit sofortiger Wirkung und setzt die Verordnung (EU) 2022/576 um. Eine Erstreckung auf den Unterschwellenbereich wird noch geprüft.

Im Auftrag

gez.

Janssen

Anlagen
Verordnung (EU) 2022/576 vom 8. April 2022
Formblatt für Eigenerklärungen

EIGNUNGSKRITERIEN

1 Allgemeine Erklärungen

Gewichtung: 0,00%

1.1 Erklärung des Bieters [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ich bin mir/wir sind uns bewusst, dass eine wissentliche falsche Angabe der vorstehenden Erklärung meinen/unseren Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge hat.

- ☐ Keine Auswahl getroffen
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

1.2 No-Spy-Erklärung [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ich/wir erkläre(n), dass ich/wir rechtlich und tatsächlich in der Lage bin/sind, im Falle eines Zuschlages die dann im Vertrag enthaltene Verpflichtung einzuhalten, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten vertraulichen Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse vertraulich zu behandeln, insbesondere nicht an Dritte weiterzugeben oder anders als zu vertraglichen Zwecken zu verwerten. Insbesondere bestehen zum Zeitpunkt der Abgabe des Angebotes keine Verpflichtungen, Dritten solche Informationen zu offenbaren oder in anderer Weise zugänglich zu machen.

Dies gilt nicht, soweit hierfür gesetzliche Offenlegungspflichten bestehen (etwa gegenüber Stellen der Börsenaufsicht, Regulierungsbehörden oder der Finanzverwaltung), es sei denn, solche Offenlegungspflichten bestehen gegenüber ausländischen Sicherheitsbehörden. In Zweifelsfällen werde(n) ich/wir die Vergabestelle auf die gesetzliche(n) Offenlegungspflicht(en) im Rahmen der Abgabe der vorstehenden Erklärung hinweisen.

Ich/wir werden die Vergabestelle - nach Zuschlag den Auftraggeber - sofort schriftlich benachrichtigen, wenn sich hierzu eine Änderung ergibt. Dies gilt insbesondere, wenn für mich/uns eine Notwendigkeit oder Verpflichtung entsteht oder ich/wir eine solche hätte(n) erkennen können, die mich/uns an der Einhaltung der beschriebenen Vertraulichkeit hindern könnte.

Vertrauliche Informationen sind Informationen, die ein verständiger Dritter als schützenswert ansehen würde oder die als vertraulich gekennzeichnet sind; dies können auch solche Informationen sein, die während einer mündlichen Präsentation oder Diskussion bekannt werden.

Vertrauliche Informationen dürfen ausschließlich zum Zweck der Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Vertrag eingesetzt werden. Die Verpflichtung zur Vertraulichkeit gilt nicht für Informationen, die bereits rechtmäßig bekannt sind oder außerhalb des Vertrages ohne Verstoß gegen eine Vertraulichkeitsverpflichtung bekannt werden.

- ☐ Keine Auswahl getroffen
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

2 Erklärung zur wirtschaftlichen Lage

Gewichtung: 0,00%

2.1 Erklärung Insolvenz [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ich/wir erkläre(n), dass für mein/unser Vermögen kein vorläufiger Insolvenzverwalter bestellt worden ist. (keine Weiterführung der Geschäfte durch Insolvenzverwalter - § 22 InsO).

- ☐ Keine Auswahl getroffen
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

2.2 Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ich erkläre, daß ich meiner/wir unserer Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung (Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung) einschließlich der Unfallversicherung ordnungsgemäß nachgekommen bin/sind.

- ☐ Keine Auswahl getroffen
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

2.3 Eigenerklärung zu Umsatz

Gewichtung: 0,00%

2.3.1 Mindestanforderung Umsatz

Der Bewerber/Die Bewerbungsgemeinschaft legt die Umsätze der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren (2022, 2023, 2024) vor und weit dabei insbesondere die Umsätze aus, welche Leistungen betreffen, die mit den zu vergebenden Leistungen vergleichbar sind. Bei diesen dem Vergabegegenstand vergleichbaren Leistungen ist vom Bewerber/von der Bewerbungsgemeinschaft ein Mindestjahresumsatz von 5.000.000,00 € (netto) nachzuweisen.

Die Umsätze aller Mitglieder einer Bewerbungsgemeinschaft werden von der Vergabestelle addiert.

2.3.2 Bewerber / Mitglied 1 Bewerbungsgemeinschaft [Mussangabe]

Bewerber / Mitglied 1 Bewerbungsgemeinschaft
Gesamtumsatz in EUR netto in 2022

2.3.3 Bewerber / Mitglied 1 Bewerbungsgemeinschaft [Mussangabe]

Bewerber / Mitglied 1 Bewerbungsgemeinschaft
Umsatz in Projekten vergleichbarer Leistung in EUR netto in 2022

2.3.4 Bewerber / Mitglied 1 Bewerbungsgemeinschaft [Mussangabe]

Bewerber / Mitglied 1 Bewerbungsgemeinschaft
Gesamtumsatz in EUR netto in 2023

2.3.5 Bewerber / Mitglied 1 Bewerbungsgemeinschaft [Mussangabe]

Bewerber / Mitglied 1 Bewerbungsgemeinschaft
Umsatz in Projekten vergleichbarer Leistung in EUR netto in 2023

2.3.6 Bewerber / Mitglied 1 Bewerbungsgemeinschaft [Mussangabe]

Bewerber / Mitglied 1 Bewerbungsgemeinschaft
Gesamtumsatz in EUR netto in 2024

2.3.7 Bewerber / Mitglied 1 Bewerbungsgemeinschaft [Mussangabe]

Bewerber / Mitglied 1 Bewerbungsgemeinschaft
Umsatz in Projekten vergleichbarer Leistung in EUR netto in 2024

2.3.8 Ggf. Mitglied 2 Bewerbungsgemeinschaft

Mitglied 2 Bewerbungsgemeinschaft
Gesamtumsatz in EUR netto in 2022

2.3.9 Ggf. Mitglied 2 Bewerbungsgemeinschaft

Mitglied 2 Bewerbungsgemeinschaft
Umsatz in Projekten vergleichbarer Leistung in EUR netto in 2022

2.3.10 Ggf. Mitglied 2 Bewerbungsgemeinschaft

Mitglied 2 Bewerbungsgemeinschaft
Gesamtumsatz in EUR netto in 2023

2.3.11 Ggf. Mitglied 2 Bewerbungsgemeinschaft

Mitglied 2 Bewerbungsgemeinschaft
Umsatz in Projekten vergleichbarer Leistung in EUR netto in 2023

2.3.12 Ggf. Mitglied 2 Bewerbungsgemeinschaft

Mitglied 2 Bewerbungsgemeinschaft
Gesamtumsatz in EUR netto in 2024

2.3.13 Ggf. Mitglied 2 Bewerbungsgemeinschaft

Mitglied 2 Bewerbungsgemeinschaft
Umsatz in Projekten vergleichbarer Leistung in EUR netto in 2024

3 Eigenerklärung zum nichtvorliegen von Ausschlussgründen

Gewichtung: 0,00%

3.1 Erklärung gem. §123 Abs. 1 GWB

Gewichtung: 0,00%

3.1.1 Erklärung gem. §123 Abs. 1 GWB [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Erklärung, dass keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen des Bewerbers/des Mitglieds der Bewerbungsgemeinschaft zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt wurde oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
 - § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
 - § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
 - § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
 - § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
 - den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
 - Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
 - den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).
- Einer Verurteilung nach diesen Vorschriften steht eine Verurteilung nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich. Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.1.2 Falls Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit nein

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit nein beantwortet wurde:

Erklärung, dass zwar eine solche Situation besteht, jedoch mehr als 5 Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen ist.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.1.3 Falls Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit nein

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit nein beantwortet wurde und seit dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung weniger als fünf Jahre vergangen sind:

Erklärung, dass aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind in einer separaten Anlage zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.2 Erklärung gem. §123 Abs. 4 GWB

Gewichtung: 0,00%

3.2.1 Erklärung gem. §123 Abs. 4 GWB [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Erklärung, dass sich das Unternehmen nicht in der folgenden Situation befindet:

Das Unternehmen ist seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen und dies wurde durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt oder kann durch den öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise nachgewiesen werden.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

3.2.2 Falls Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein beantwortet wurde:
Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch mehr als fünf Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen sind.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.2.3 Falls Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein beantwortet wurde:
Erklärung, dass das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.2.4 Falls Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein beantwortet wurde und seit dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung weniger als fünf Jahre vergangen sind und das Unternehmen seinen Verpflichtungen noch nicht nachgekommen ist:

Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder ein Ausschluss offensichtlich unverhältnismäßig wäre oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind in einer separaten Anlage zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.3 Erklärung gem. §124 Abs. 1 GWB

Gewichtung: 0,00%

3.3.1 Erklärung gem. §124 Abs. 1 GWB [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Erklärung, dass sich das Unternehmen nicht in einer der folgenden Situationen befinden.

- Das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen,
- das Unternehmen ist zahlungsunfähig, über das Vermögen des Unternehmens ist ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden, die Eröffnung eines solchen Verfahrens ist mangels Masse abgelehnt worden, das Unternehmen befindet sich im Verfahren der Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt,
- das Unternehmen hat im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; das Verhalten einer Person ist dem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung,
- es bestehen hinreichende Anhaltspunkte dafür, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- es besteht ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss nicht wirksam beseitigt werden kann,
- eine Wettbewerbsverzerrung resultiert daraus, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung kann nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss beseitigt werden,
- das Unternehmen hat eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt und dies hat zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt,
- das Unternehmen hat in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten oder ist nicht in der Lage, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,

- das Unternehmen hat versucht, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen oder hat versucht, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder das Unternehmen hat fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder hat versucht, solche Informationen zu übermitteln.

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.3.2 Falls Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit nein

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit nein beantwortet wurde:

Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch mehr als drei Jahre ab dem betreffenden Ereignis vergangen sind.

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.3.3 Falls Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit nein

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit nein beantwortet wurde und seit dem Tag des betreffenden Ereignis weniger als drei Jahre vergangen sind:

Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies bei pflichtgemäßer Ermessensausübung, insbesondere unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit, geboten ist oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind in einer separaten Anlage zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.4 Erklärung gem. §124 Abs. 2 GWB

Gewichtung: 0,00%

3.4.1 Zu §19 MiLoG (Mindestlohngesetz) [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Erklärung, dass kein Ausschlussgrund gemäß § 19 MiLoG vorliegt

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.4.2 Zu §98c AufenthG (Aufenthaltsgesetz) [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 98c AufenthG vorliegt.

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.4.3 Zu §21 AEntG (Arbeitnehmer-Entsendegesetz) [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach §21 AEntG vorliegt.

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.4.4 Zu § 21 SchwarzArbG (Schwarzarbeitsbekämpfung) [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 21 SchwarzArbG vorliegt.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.5 Angaben zum wettbewerbskonformen Verhalten

Gewichtung: 0,00%

3.5.1 Erklärung zum wettbewerbskonformen Verhalten [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Wir bestätigen, dass das Unternehmen sowie die jeweiligen geschäftsführenden Personen in Bezug auf das vorliegende Verfahren keine unzulässige, wettbewerbsbeschränkende Abrede getroffen oder in sonstiger Weise wettbewerbswidrig oder unlauter gehandelt?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

4 Eigenerklärung zur Akzeptanz von Ausführungsbedingungen zur Versicherungspflicht

Gewichtung: 0,00%

4.1 Eigenerklärung zur Versicherungspflicht [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Der Bewerber / Die Bewerbergemeinschaft verfügt für den Zeitraum der Leistungsverpflichtung über folgende Versicherungen:

- Betriebshaftpflicht mit Deckungssumme von mindestens 10,0 Mio. € pauschal für Personen- und Sachschäden

Nachzuweisen ist dies durch die Vorlage der Kopie einer Versicherungspolice.

Im Falle der Bewerbergemeinschaft ist der Nachweis durch jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft zu erbringen.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

4.2 Wenn Eigenerklärung Versicherungspflicht mit nein

Ausschlusskriterium

Der Bewerber / Die Bewerbergemeinschaft verpflichtet sich mit dieser Erklärung, im Falle der Auftragserteilung, für den Zeitraum seiner Leistungsverpflichtung folgende Versicherungen abzuschließen:

- Betriebshaftpflicht mit Deckungssumme von mindestens 10,0 Mio. € pauschal für Personen- und Sachschäden

Nachzuweisen ist dies durch Vorlage einer schriftlichen Erklärung seiner Versicherung, dass eine entsprechende Versicherung im Auftragsfalle abgeschlossen wird.

Im Falle der Bewerbergemeinschaft ist der Nachweis durch jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft einzureichen.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

5 Erklärungen zur Zuverlässigkeit

Gewichtung: 0,00%

5.1 Zuverlässigkeit

Der Bewerber gilt als zuverlässig im Sinne des § 13 Abs. 1 Nr. 2 und § 1 Abs. 1 PBZugV, wenn keine hinreichenden Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass bei der Führung des Betriebes die für den Straßenpersonenverkehr geltenden Vorschriften missachtet wurden.

Als unzuverlässig gilt in der Regel ein Unternehmen, dem innerhalb der letzten 5 Jahre Verstöße gegen die im Unternehmen geltenden tarifvertraglichen Regelungen und/oder die BOKraft nachgewiesen werden konnten. Dies gilt auch für Unternehmen, die mit einem Unternehmen nach Satz 1 dergestalt verbunden sind oder waren, dass sie derselben Unternehmensleitung unterstehen bzw. in den Bereichen Betriebsleitung und Personalwesen durch dieselben Personen geführt werden, die zum Zeitpunkt des Verstoßes gegen die tarifvertraglichen Regelungen oder die BOKraft Verantwortung in dem anderen Unternehmen getragen haben.

Deshalb erklärt der Bewerber wie folgt:

5.2 Zuverlässigkeit a) [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Liegt gegen den Bewerber eine rechtskräftige Verurteilung wegen schwerer Verstöße gegen strafrechtliche Vorschriften (§ 1 Abs. 2 Nr. 1 PBZugV) vor?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

5.3 Zuverlässigkeit b) [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Liegen gegen den Bewerber schwere Verstöße gegen die Vorschriften des PBefG bzw. der auf diesem Gesetz beruhenden Rechtsverordnungen vor (§ 1 Abs. 2 Nr. 3 a PBZugV)?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

5.4 Zuverlässigkeit c) [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Liegen gegen den Bewerber schwere Verstöße gegen arbeits- oder sozialrechtliche Pflichten, insbesondere gegen die Vorschriften über die Lenk- und Ruhezeiten des Fahrpersonals vor (§ 1 Abs. 2 Nr. 3 b PBZugV)?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

5.5 Zuverlässigkeit d) [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Liegen gegen den Bewerber schwere Verstöße gegen Vorschriften, die im Interesse der Verkehrs- und Betriebssicherheit erlassen wurden (insbesondere die Vorschriften des Straßenverkehrsgesetzes, der Straßenverkehrs-Ordnung oder der Straßenverkehrs-Zulassung s-Ordnung), vor (§ 1 Abs. 2 Nr. 3 c) PBZugV)?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

5.6 Zuverlässigkeit e) [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Liegen gegen den Bewerber schwere Verstöße gegen umweltschützende Vorschriften, dabei insbesondere des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, vor (§ 1 Abs. 2 Nr. 3 f PBZugV)?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

5.7 Zuverlässigkeit f) [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Liegen gegen den Bewerber schwere Verstöße gegen die abgaberechtlichen Pflichten, die sich aus unternehmerischer Tätigkeit ergeben, vor (§ 1 Abs. 2 Nr. 3 d PBZugV) und ist der Bewerber/das Mitglied der Bewerbergemeinschaft nicht der Pflicht zur Zahlung von Steuern und Abgaben nach den Rechtsvorschriften des EU-Mitgliedstaates der Konzessionsgeber nachgekommen?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

5.8 Zuverlässigkeit g) [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Liegen gegen den Bewerber schwere Verstöße gegen § 1 des Pflichtversicherungsgesetzes vom 5. April 1965 (BGB I S. 213) in der jeweils geltenden Fassung vor (§ 1 Abs. 2 Nr. 3 e PBZugV) und hat der Bewerber seine Verpflichtung zur Zahlung der Sozialbeiträge nach den Rechtsvorschriften des EU-Mitgliedsstaates, in dem er ansässig ist, oder nach den Rechtsvorschriften des EU-Mitgliedsstaates

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

5.9 Zuverlässigkeit h) [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Liegen gegen den Bewerber schwere Verstöße gegen die Bestimmungen zu Arbeitsschutz- und Arbeitsrecht vor?

- ☐ *Keine Angabe*
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

6 Erklärungen zur Technischen Leistungsfähigkeit

Gewichtung: 0,00%

6.1 Information zur Technischen Leistungsfähigkeit

Zum Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit sind mit dem Angebot Referenzprojekte anzugeben, die erkennen lassen, dass der Bieter zur Erbringung der ausgeschriebenen Leistung im Hinblick auf Art und Umfang in der Lage ist.

Der Bewerber hat dazu Referenzen über die Durchführung von Betriebsleistungen im Linien-/Sonderlinienverkehr gem. §§ 42 und 43 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) in den letzten 5 abgeschlossenen Geschäftsjahren (ab 2019) vorzuweisen..

Der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft gilt nur als geeignet, wenn er/sie mindestens 1 Referenz vorweisen kann, die nach Art und Umfang mit der hier ausgeschriebenen Leistung vergleichbar ist und die folgenden Mindestkriterien erfüllt:

- a) Linienverkehr im ÖPNV
- b) Bedienung von mind. 1 Linie
- c) Auftragsdauer mind. 48 Monate ohne Unterbrechung
- d) Bedienung eines Fahrscheindruckers in den Fahrzeugen
- e) Bedienung eines RBL-Systems in den Fahrzeugen

Zur Erfüllung der aufgeführten Teilnahmebedingungen muss jedes der aufgeführten Mindestkriterien mindestens in einem der vom Bewerber angezeigten Referenz-Projekte realisiert worden sein.

Beantworten Sie bitte die folgenden Fragen zu Ihren Referenzen und geben die entsprechenden Informationen an. Nichtbeantwortung der Fragen kann zum Ausschluss führen.

Sollten Sie eine Bewerbergemeinschaft sein oder sich einer Eignungsleihe bei einem anderen Unternehmen bedienen, so sind diese Angaben für weitere Mitglieder der Bewerbergemeinschaft oder eignungsgebenden Unternehmen unter "Bewerbergemeinschaft/Eignungsleihe" anzugeben.

Die Beantwortung der Fragen ist bei einer Eignungsleihe oder Bewerbergemeinschaft verpflichtend. Eine Nichtbeantwortung kann zum Ausschluss führen.

6.2 Referenzen Bewerber/ Mitglied 1 Bewerbergemeinschaft

Gewichtung: 0,00%

6.2.1 Bewerber/ Mitglied 1 Bewerbergemeinschaft - Referenz 1

Gewichtung: 0,00%

6.2.1.1 Mindestanforderung an Referenz [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

- ☐ *Keine Angabe*
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

6.2.1.2 Referenzinhaber [Mussangabe]

Welches Unternehmen (Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

6.2.1.3 Auftraggeber (Referenzgeber) [Mussangabe]

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

6.2.1.4 Linienverkehr im ÖPNV [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Fand der Linienverkehr im ÖPNV statt?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

6.2.1.5 Bedienung von mind. 1 Linie [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Wurden bei der Referenz mind. 1 Linie bedient?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

6.2.1.6 Angabe der Anzahl an Linien [Mussangabe]

Wie viele Linien wurden bei der Referenz bedient?

6.2.1.7 Auftragsdauer [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Wurde der Auftrag mind. 48 Monate ohne Unterbrechung durchgeführt?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

6.2.1.8 Auftragsdauer [Mussangabe]

Bitte geben Sie hier die genaue Auftragsdauer ohne Unterbrechung in Monaten an.

6.2.1.9 Fahrscheindrucker [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Wurde bei der Referenz Fahrscheindrucker bedient?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

6.2.1.10 RBL-System [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Wurde bei der Referenz ein RBL-System in den Fahrzeugen bedient?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

6.2.2 Bewerber/ Mitglied 1 Bewerbergemeinschaft - Referenz 2

Gewichtung: 0,00%

6.2.2.1 Mindestanforderung an Referenz

Ausschlusskriterium

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

6.2.2.2 Referenzinhaber

Welches Unternehmen (Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

6.2.2.3 Auftraggeber (Referenzgeber)

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.
Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

6.2.2.4 Linienverkehr im ÖPNV

Ausschlusskriterium

Fand der Linienverkehr im ÖPNV statt?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

6.2.2.5 Bedienung von mind. 1 Linie

Ausschlusskriterium

Wurden bei der Referenz mind. 1 Linie bedient?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

6.2.2.6 Angabe der Anzahl an Linien

Wie viele Linien wurden bei der Referenz bedient?

6.2.2.7 Auftragsdauer

Ausschlusskriterium

Wurde der Auftrag mind. 48 Monate ohne Unterbrechung durchgeführt?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

6.2.2.8 Auftragsdauer

Bitte geben Sie hier die genaue Auftragsdauer ohne Unterbrechung in Monaten an.

6.2.2.9 Fahrscheindrucker

Ausschlusskriterium

Wurde bei der Referenz Fahrscheindrucker bedient?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

6.2.2.10 RBL-System

Ausschlusskriterium

Wurde bei der Referenz ein RBL-System in den Fahrzeugen bedient?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

6.2.3 Bewerber/ Mitglied 1 Bewerbergemeinschaft - Referenz 3

Gewichtung: 0,00%

6.2.3.1 Mindestanforderung an Referenz

Ausschlusskriterium

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

- ☐ *Keine Angabe*
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

6.2.3.2 Referenzinhaber

Welches Unternehmen (Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

6.2.3.3 Auftraggeber (Referenzgeber)

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

6.2.3.4 Linienverkehr im ÖPNV

Ausschlusskriterium

Fand der Linienverkehr im ÖPNV statt?

- ☐ *Keine Angabe*
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

6.2.3.5 Bedienung von mind. 1 Linie

Ausschlusskriterium

Wurden bei der Referenz mind. 1 Linie bedient?

- ☐ *Keine Angabe*
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

6.2.3.6 Angabe der Anzahl an Linien

Wie viele Linien wurden bei der Referenz bedient?

6.2.3.7 Auftragsdauer

Ausschlusskriterium

Wurde der Auftrag mind. 48 Monate ohne Unterbrechung durchgeführt?

- ☐ *Keine Angabe*
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

6.2.3.8 Auftragsdauer

Bitte geben Sie hier die genaue Auftragsdauer ohne Unterbrechung in Monaten an.

6.2.3.9 Fahrscheindrucker

Ausschlusskriterium

Wurde bei der Referenz Fahrscheindrucker bedient?

- ☐ *Keine Angabe*
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

6.2.3.10 RBL-System

Ausschlusskriterium

Wurde bei der Referenz ein RBL-System in den Fahrzeugen bedient?

- ☐ *Keine Angabe*
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

6.3 Referenzen Bewerbergemeinschaft /Eignungsleihe

Gewichtung: 0,00%

6.3.1 Referenzen bei Bewerbergemeinschaft/Eignungsleihe

Sollten Sie eine Bewerbergemeinschaft sein oder sich einer Eignungsleihe bei einem anderen Unternehmen bedienen, so sind hier die Angaben für weitere Bewerber der Gemeinschaft oder eignungsgebenden Unternehmen zu machen.

Die Mindestkriterien für die Referenzen gelten auch hier.

Die Beantwortung der Fragen ist bei einer Eignungsleihe oder Bewerbergemeinschaft verpflichtend.
Eine Nichtbeantwortung kann zum Ausschluss führen.

Sollte mehr Platz für weitere Referenzen oder Bieter benötigt werden, kontaktieren Sie uns über die Nachrichtenfunktion auf dieser Plattform. Wir passen dann die Struktur entsprechend an.

6.3.2 ggf. Mitglied 2 Bewerbergemeinschaft - Referenz 1

Gewichtung: 0,00%

6.3.2.1 Mindestanforderung an Referenz

Ausschlusskriterium

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

- ☐ *Keine Angabe*
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

6.3.2.2 Referenzinhaber

Welches Unternehmen (Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

6.3.2.3 Auftraggeber (Referenzgeber)

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

6.3.2.4 Linienverkehr im ÖPNV

Ausschlusskriterium

Fand der Linienverkehr im ÖPNV statt?

- ☐ *Keine Angabe*
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

6.3.2.5 Bedienung von mind. 1 Linie

Ausschlusskriterium

Wurden bei der Referenz mind. 1 Linie bedient?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

6.3.2.6 Angabe der Anzahl an Linien

Wie viele Linien wurden bei der Referenz bedient?

6.3.2.7 Auftragsdauer

Ausschlusskriterium

Wurde der Auftrag mind. 48 Monate ohne Unterbrechung durchgeführt?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

6.3.2.8 Auftragsdauer

Bitte geben Sie hier die genaue Auftragsdauer ohne Unterbrechung in Monaten an.

6.3.2.9 Fahrscheindrucker

Ausschlusskriterium

Wurde bei der Referenz Fahrscheindrucker bedient?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

6.3.2.10 RBL-System

Ausschlusskriterium

Wurde bei der Referenz ein RBL-System in den Fahrzeugen bedient?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

6.3.3 ggf. Mitglied 2 Bewerbergemeinschaft - Referenz 2

Gewichtung: 0,00%

6.3.3.1 Mindestanforderung an Referenz

Ausschlusskriterium

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

6.3.3.2 Referenzinhaber

Welches Unternehmen (Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

6.3.3.3 Auftraggeber (Referenzgeber)

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift

- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

6.3.3.4 Linienverkehr im ÖPNV

Ausschlusskriterium

Fand der Linienverkehr im ÖPNV statt?

- ☐ *Keine Angabe*
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

6.3.3.5 Bedienung von mind. 1 Linie

Ausschlusskriterium

Wurden bei der Referenz mind. 1 Linie bedient?

- ☐ *Keine Angabe*
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

6.3.3.6 Angabe der Anzahl an Linien

Wie viele Linien wurden bei der Referenz bedient?

6.3.3.7 Auftragsdauer

Ausschlusskriterium

Wurde der Auftrag mind. 48 Monate ohne Unterbrechung durchgeführt?

- ☐ *Keine Angabe*
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

6.3.3.8 Auftragsdauer

Bitte geben Sie hier die genaue Auftragsdauer ohne Unterbrechung in Monaten an.

6.3.3.9 Fahrscheindrucker

Ausschlusskriterium

Wurde bei der Referenz Fahrscheindrucker bedient?

- ☐ *Keine Angabe*
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

6.3.3.10 RBL-System

Ausschlusskriterium

Wurde bei der Referenz ein RBL-System in den Fahrzeugen bedient?

- ☐ *Keine Angabe*
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

6.3.4 ggf. Mitglied 2 Bewerbergemeinschaft - Referenz 3

Gewichtung: 0,00%

6.3.4.1 Mindestanforderung an Referenz

Ausschlusskriterium

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

- ☐ *Keine Angabe*
- ☐ Ja
- ☐ Nein

6.3.4.2 Referenzinhaber

Welches Unternehmen (Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

6.3.4.3 Auftraggeber (Referenzgeber)

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

6.3.4.4 Linienverkehr im ÖPNV

Ausschlusskriterium

Fand der Linienverkehr im ÖPNV statt?

- [☐] *Keine Angabe*
 [☐] Ja
 [☐] Nein

Nur eine Antwort wählbar

6.3.4.5 Bedienung von mind. 1 Linie

Ausschlusskriterium

Wurden bei der Referenz mind. 1 Linie bedient?

- [☐] *Keine Angabe*
 [☐] Ja
 [☐] Nein

Nur eine Antwort wählbar

6.3.4.6 Angabe der Anzahl an Linien

Wie viele Linien wurden bei der Referenz bedient?

6.3.4.7 Auftragsdauer

Ausschlusskriterium

Wurde der Auftrag mind. 48 Monate ohne Unterbrechung durchgeführt?

- [☐] *Keine Angabe*
 [☐] Ja
 [☐] Nein

Nur eine Antwort wählbar

6.3.4.8 Auftragsdauer

Bitte geben Sie hier die genaue Auftragsdauer ohne Unterbrechung in Monaten an.

6.3.4.9 Fahrscheindrucker

Ausschlusskriterium

Wurde bei der Referenz Fahrscheindrucker bedient?

- [☐] *Keine Angabe*
 [☐] Ja
 [☐] Nein

Nur eine Antwort wählbar

6.3.4.10 RBL-System

Ausschlusskriterium

Wurde bei der Referenz ein RBL-System in den Fahrzeugen bedient?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

7 Erklärungen zu Nachweisen

Gewichtung: 0,00%

7.1 Übersicht über beizufügende Nachweise

Folgende Nachweise / Angaben / Informationen sind für jeden Bewerber bzw. für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft beizufügen:

- Handelsregistrauszug (nicht älter als 3 Monate)
- Versicherungspolice (alternativ schriftliche Erklärung des Versicherers über Bereitschaft zum Abschluss)
- Bescheinigung der Genehmigungsbehörde über die Bestellung eines Betriebsleiters nach BOKraft (mind. von einem Mitglied der Bewerbergemeinschaft)
- Bescheinigung über die fachliche Eignung oder Genehmigungsurkunde für den Linienverkehr mit KOM bzw. - bei ausländischen Bewerbern - EU-Lizenz entsprechend der EG-VO 684/92 i.d.F. 11/98 (mind. von einem Mitglied der Bewerbergemeinschaft)

7.2 Handelsregistrauszug

Gewichtung: 0,00%

7.2.1 Handelsregistrauszug [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ein Handelsregistrauszug (nicht älter als 3 Monate) ist für den Bewerber bzw. für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft als Anlage beigefügt

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

7.2.2 Wenn Handelsregistrauszug nicht beigefügt

Ausschlusskriterium

Wenn ein Handelsregistrauszug (nicht älter als 3 Monate) nicht für den Bewerber bzw. für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft beigefügt ist:

Wurde ein solcher beantragt, ist der Nachweis über die Beantragung beigefügt und wird dieser unmittelbar nach Vorliegen unaufgefordert über die Nachrichtenfunktion nachgereicht?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

7.3 Versicherungspolice

Gewichtung: 0,00%

7.3.1 Versicherungspolice oder Bereitschaftserklärung [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ist die Versicherungspolice oder eine Bereitschaftserklärung des Versicherers für den Bewerber bzw. für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft zum Nachweis der Eigenerklärung zur Versicherungspflicht ist als Anlage beigefügt?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

7.4 Bescheinigung Bestellung Betriebsleiter

Gewichtung: 0,00%

7.4.1 Bescheinigung Bestellung Betriebsleiter [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ist die Bescheinigung der Genehmigungsbehörde über die Bestellung eines Betriebsleiters nach BOKraft für den Bewerber bzw. für mind. ein Mitglied der Bewerbergemeinschaft als Anlage beigefügt?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

7.5 Bescheinigung fachliche Eignung/Genehmigungsurkunde

Gewichtung: 0,00%

7.5.1 Bescheinigung fachliche Eignung/Genehmigungsurkunde [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ist die Bescheinigung über die fachliche Eignung oder die Genehmigungsurkunde für den Linienverkehr mit KOM bzw. – bei ausländischen Bietern – EU-Lizenz entsprechend der EG-VO 684/92 i. d. F. 11/98 für den Bewerber bzw. für mind. ein Mitglied der Bewerbergemeinschaft als Anlage beigefügt ?

- ☐ *Keine Angabe*
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

8 Verpflichtungserklärung zu qualifizierten Nachunternehmern

Gewichtung: 0,00%

8.1 Erklärung für qualifizierte Nachunternehmer

Sofern der Bewerber zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Dritter/Nachunternehmer) in Anspruch nehmen will (Eignungsleihe), muss er den Namen dieses anderen Unternehmens (qualifizierter Nachunternehmer) benennen und angeben, wofür er die Kapazitäten des qualifizierten Nachunternehmers in Anspruch nehmen will. Entsprechende Nachweise sind für den qualifizierten Nachunternehmer in dem Umfang vorzulegen, wie sie für den Bewerber vorzulegen wären. Außerdem muss der Bewerber durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung dieses qualifizierten Nachunternehmers nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung gestellt werden. Nachunternehmer, die der Bewerber für die Auftragsausführung einsetzen will, deren Kapazitäten er zum Nachweis seiner Eignung aber nicht in Anspruch nehmen will, müssen in diesem Verfahrensstadium noch nicht benannt werden.

Hierzu werden entsprechende Formblätter zur Verfügung gestellt:

B.IV.1 - Eigenerklärung Ausschlussgründe

B.V.1 - Eigenerklärung Zuverlässigkeit

B.IX.1 - Verpflichtungserklärung von qualifizierten Nachunternehmern

8.2 Erklärung für qualifizierte Nachunternehmer [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Nimmt das Unternehmen zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Dritter/Nachunternehmer) in Anspruch (Eignungsleihe) und wurden entsprechende ausgefüllte Formblätter als Anlage bereitgestellt?

- ☐ *Keine Angabe*
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

| Typ | Dateiname | Größe | MIME-Type |
|-------------|-----------------|-----------|-----------|
| Dateianlage | Umlaufpläne.zip | 946,04 KB | |